

JAHRESBERICHT 2010



Im Interview

Dr. Kristina Schröder

Seite 20

Im Interview

Prof. Jutta Allmendinger

Seite 28

Statistisches Bundesamt

Impressum

Herausgeber
Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Redaktion
Heidrun Stirner und Ilka Willand
jahresbericht@destatis.de

Gestaltung
KonzeptQuartier® GmbH, Fürth
Barbara Both, Statistisches Bundesamt

Erschienen im April 2011

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2011
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit
Quellenangabe gestattet.

Bildrechtenachweis

Umschlag
© KonzeptQuartier® GmbH, Fürth / © Statistisches Bundesamt

Seite 3, 10, 14, 15, 16, 18, 19, 24, 25, 27, 30, 31, 44, 45, 46, 48, 49, 50
© Statistisches Bundesamt

Seite 7, 13, 42
© KonzeptQuartier® GmbH, Fürth / © Statistisches Bundesamt

Seite 8, 9, 32, 34, 35, 40
© KonzeptQuartier® GmbH, Fürth

Seite 21, 22 © BMFSFJ / Laurence Chaperon

Seite 23 © www.kristinaschroeder.de

Seite 28 © WZB, David Ausserhofer

Seite 36 © Steffen Jahn / Fraunhofer

Seite 37, 38 © Fraunhofer

Liebe Leserin, lieber Leser,

der erste Jahresbericht des Statistischen Bundesamtes ist vor sieben Jahren erschienen. Mit der wachsenden Vielfalt der Aufgaben unseres Hauses wurde er Jahr für Jahr immer umfangreicher und fachorientierter.

Die neue Ausgabe des Jahresberichts markiert einen Neuanfang. Im Vordergrund stehen nicht unsere Zahlen und Ergebnisse, die wir in anderen Publikationen verbreiten, sondern der Blick „hinter die Kulissen“. Die hier vorgestellten Projekte haben unsere Arbeit im vergangenen Jahr besonders geprägt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist unseren Kunden gewidmet. Wie nutzen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik unsere Ergebnisse? Als Interviewpartnerinnen konnten wir Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder und Prof. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung gewinnen. Beide gewähren uns spannende Einblicke in ihre Zukunftsthemen, ihre politischen und wissenschaftlichen Ziele. Darüber hinaus geben sie uns als Nutzerinnen unserer Daten ein wichtiges Feedback.

Die Qualität unserer Zahlen und Ergebnisse beruht auf der Leistungsfähigkeit und den Fachkompetenzen unserer

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Daher liegt es nahe, dass sie für den Jahresbericht Modell stehen und sein Erscheinungsbild prägen.

Wir wollen auch Leserinnen und Lesern eine interessante Lektüre bieten, die keine statistischen Fachkenntnisse haben. Auf Ihre Rückmeldungen sind wir gespannt.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die sich an der gelungenen Umstellung des Jahresberichts beteiligt und ihre Ideen eingebracht haben.

Ihr



Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes





08



14



10



12

Inhalt

02	Impressum
03	Editorial

Informations- und Serviceangebot

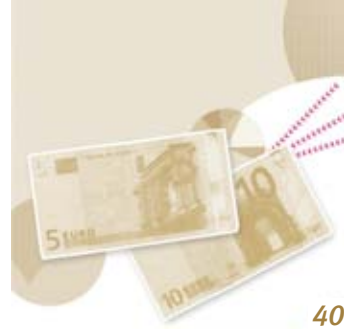
06	Vision Leitmotiv und Kennzahlen in Kürze
07	Unterwegs in Berlin: der i-Punkt Servicestelle vor Ort
08	Krise, Aufschwung, Zensus 2011 Die Pressearbeit 2010
10	www.destatis.de Online-Angebote
12	Angebote an Wissenschaft und Forschung Kolloquien und Forschungsdatenzentrum
14	Auf den Punkt gebracht Informationsbroschüren für Alle



20



36



40



48



28



32



44



46

Im Fokus

- 16 **Ein Teil vom großen Ganzen**
Vorbereitungen zum Zensus 2011
- 18 **Die Zensuskommunikation**
Transparent und dialogorientiert kommunizieren
- 20 **Im Interview: Dr. Kristina Schröder**
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- 24 **Der Mensch lebt nicht vom BIP allein**
Amtliche Wohlfahrtsmessung weltweit diskutiert
- 28 **Im Interview: Prof. Jutta Allmendinger**
Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
- 32 **Politikberatung**
Daten als politische Entscheidungsgrundlage:
Nachhaltigkeit – Steuerschätzung – Gender Pay Gap
- 36 **Im Kundenprofil: die Fraunhofer Gesellschaft**
Forschen mit amtlichen Daten

Personal und Haushalt

- 40 **Haushalt**
Haushalt und Ausgaben
- 42 **Personal**
Beschäftigten- und Altersstruktur
- 44 **Gleichstellung**
Gleichstellung und Familienfreundlichkeit
- 46 **Fortbildung**
Interne und externe Fortbildung
- 48 **Sport und Gesundheit**
Betriebssport und Gesundheitsmanagement
- 50 **Leitung**
Amts- und Abteilungsleitung
-
- 52 **Kontakt und Adressen**

Vision

Das Statistische Bundesamt ist der führende Anbieter amtlicher statistischer Informationen in Deutschland.

Wir liefern die für die Willensbildung in einer demokratischen Gesellschaft und die Entscheidungsprozesse in der Marktwirtschaft notwendigen statistischen Informationen und garantieren die Neutralität, Objektivität und wissenschaftliche Unabhängigkeit unserer Arbeiten sowie die vertrauliche Behandlung der uns überlassenen Einzeldaten.

Unsere Leistungsfähigkeit beruht auf der innovativen Kraft, Kompetenz und Kundenorientierung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Als Arbeitgeber unterstützt das Statistische Bundesamt soziale Belange wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeits- und Teilzeitmodelle.

Das Statistische Bundesamt 2010 in Zahlen

...Zahl der Beschäftigten insgesamt: **2 689**

...Zahl der Beschäftigten in

Wiesbaden: **1 991**

Bonn: **675**

Berlin: **23**

...Zahl der Beschäftigten, die Teilzeit arbeiten: **570**

...Anteil der Tarifbeschäftigten, in Prozent: **71**

...Anteil der Beamtinnen und Beamten, in Prozent: **25**

...Anteil der Auszubildenden, in Prozent: **4**

...Anteil der Frauen an den Beschäftigten, in Prozent: **56**

...Anteil der Frauen an den Führungskräften, in Prozent: **33**

...Anteil der Beschäftigten, jünger als 40 Jahre, in Prozent: **29**

...Anteil der Beschäftigten, älter als 50 Jahre, in Prozent: **40**

...Anteil der Beschäftigten mit Universitätsabschluss, in Prozent: **19**

...Durchschnittliche Fortbildungstage je Beschäftigten: **2,8**

...Veranschlagte Haushaltsmittel, in Millionen Euro: **177,7**

...Anteil der Haushaltsmittel am Gesamtetat des Bundesministeriums des Innern, in Prozent: **3,3**

Unterwegs in Berlin: der i-Punkt

Der Service des Statistischen Bundesamtes in der Hauptstadt



„Friedrichstrasse, U-Bahnhof Stadtmitte“ – die Wegbeschreibung zum i-Punkt deutet es an: Mit seiner Kontakt- und Informationsstelle in Berlin ist das Statistische Bundesamt ganz nah an wichtigen Schlüsselkunden der deutschen Hauptstadt. Dazu zählen der Bundestag, die Bundesministerien, Botschaften, Verbände sowie Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen. 1000 Anfragen erreichen den i-Punkt monatlich zur deutschen, europäischen und internationalen Statistik. Für ihre Recherchen nutzen Bundestagsabgeordnete intensiv das Servicebüro des Statistischen Bundesamtes im Bundestag. 2010 erstellte das Servicebüro zudem 20 Beiträge zu den Themen der parlamentarischen Sitzungswochen.

2010 gab es eine Reihe von Veranstaltungen, die den interessierten Hauptstadt-Kunden das Leistungsspektrum der amtlichen Statistik vermitteln. So fanden im i-Punkt wieder mehrere „Hintergrundgespräche“ im Anschluss an Pressekonferenzen zum Bruttoinlandsprodukt oder zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe statt. Weitere Informationsveranstaltungen führte der i-Punkt 2010 für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die deutschen EU-Parlamentarier in Brüssel durch.

Außenhandelsdaten sind besonders beim Auswärtigen Amt gefragt. Bei der Botschafterkonferenz ist das Statistische Bundesamt regel-

mäßig mit einem Infostand vertreten. Eine gute Möglichkeit, das Statistische Bundesamt zu präsentieren, ist der jährliche Tag der offenen Tür der Bundesregierung. Das wichtigste Thema 2010 war der Zensus, der auch Thema einer Podiumsdiskussion war.

Am 20. Oktober 2010 wurde auf Initiative der Vereinten Nationen weltweit erstmalig der Weltstatistiktag begangen. Zu diesem Anlass organisierte der i-Punkt in Berlin ein Symposium. Vertreterinnen und Vertreter des Statistischen Bundesamtes, des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums des Innern, von Eurostat und von Wirtschaftsverbänden folgten der Einladung und diskutierten über die Frage „Was bewegt die Politik, wie relevant ist die Statistik?“.

Ein weiteres Highlight war 2010 zu verzeichnen: Der im i-Punkt beheimatete Europäische Datenservice (EDS) gewann eine erstmals öffentliche Ausschreibung Eurostats (Statistisches Amt der Europäischen Union) zur Nutzerunterstützung. Der EDS setzt damit seine Beratungsdienstleistungen im Auftrag von Eurostat für vier Jahre mit voller Finanzierung fort. Diese stehen den deutschsprachigen Nutzern bei der Suche nach europäischen Statistikinformationen kostenfrei zur Verfügung.

Krise, Aufschwung, Zensus 2011

Im Mittelpunkt der Pressearbeit von Destatis standen im Jahr 2010 die konjunkturelle Entwicklung und der Start des Zensus 2011.

In den ersten Monaten des Jahres dominierten in Pressemitteilungen zu wirtschaftsstatistischen Themen noch Begriffe wie „Einbruch“, „massiver Rückgang“ oder „deutliche Abnahme“. Im weiteren Verlauf des Jahres hellte sich das Vokabular zunehmend auf. Deutschland hat überraschend schnell aus der Krise herausgefunden – das konnten wir mit unseren Zahlen belegen. Ob Daten zum Bruttoinlandsprodukt, zum Arbeitsmarkt oder zur Umsatzentwicklung in verschiedenen Wirtschaftsbereichen: vor allem die Pressemeldungen zur Konjunktorentwicklung selbst hatten Hochkonjunktur.

Das Medieninteresse am Zensus 2011 nahm im Laufe des Jahres spürbar zu. Im August startete mit der Freischaltung des neuen Internetportals www.zensus2011.de und mit den Hintergrundgesprächen in verschiedenen Städten die eigentliche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zum Zensus. Wichtige Leitmedien wie „Die Zeit“, die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ oder die „Financial Times Deutschland“ veröffentlichten umfangreiche Artikel zum Ablauf des kommenden Zensus und über die gesellschaftliche Diskussion um den Zensus.

Januar

Schlechte Neuigkeiten in schönem Ambiente. Die Pressekonferenz zum Bruttoinlandsprodukt fand erstmals nach der Renovierung wieder im Gerhard-Fürst-Saal des Hauptgebäudes statt. Präsident Egeler hatte die stärkste Rezession der Nachkriegszeit zu verkünden, das Bruttoinlandsprodukt ging im Jahr 2009 gegenüber 2008 um 5% zurück.

Februar

Immer noch eher schlechte Nachrichten aus der Wirtschaft. Der Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe lag im Dezember 2009 um 6,0% unter dem Vorjahresniveau. Besonders der Maschinenbau war gebeutelt. Hier gingen die Umsätze gegenüber dem Vorjahr um 23,7% zurück.

März

Ist Deutschland im europäischen Vergleich ein Hochlohnland? Das Statistische Bundesamt teilte in einer Pressemitteilung mit, dass Arbeitgeber in der deutschen Privatwirtschaft 2009 im Durchschnitt 30,90 Euro für eine geleistete Arbeitsstunde bezahlten. Gemessen daran lagen die deutschen Arbeitskosten auf Platz acht in Europa. Dänemark hatte europaweit den höchsten, Bulgarien den niedrigsten Wert.



April

Was lässt sich Deutschland die Gesundheit kosten? In einer Pressemitteilung anlässlich des Weltgesundheitstages wurden die Gesamtausgaben für Gesundheit im Jahr 2008 auf mehr als 263 Milliarden Euro beziffert. Das waren 10,5% des Bruttoinlandsproduktes.

Mai

Die deutsche Wirtschaft kommt wieder in Fahrt. Das machte sich zum Beispiel an den Zahlen zum Außenhandel bemerkbar. Die deutschen Ausfuhren waren im März 2010 um mehr als 23% höher als im März des Vorjahres. Für das erste Quartal 2010 wurde nach vorläufigen Angaben ein Plus bei den Exporten von gut 11% verkündet.

Juni

Deutschland im Fieber der Fußball-Weltmeisterschaft. Auch wenn das Statistische Bundesamt in einer vielzitierten Zahl der Woche zu Beginn des Turniers vorrechnete, dass wir rein statistisch keine Chance gegen Brasilien haben – das Verhältnis der Männer im besten Fußballeralter lag 25,5 Millionen zu 7,5 Millionen zugunsten Brasiliens – schnitt Deutschland am Ende besser ab als der Rekordweltmeister.

Juli

Die Situation alleinerziehender Mütter und Väter stand im Mittelpunkt der diesjährigen Pressekonferenz zum Mikrozensus. In Deutschland war – bei steigender Tendenz – jede fünfte Familie alleinerziehend, im Osten Deutschlands lag der Anteil deutlich höher. Präsident Egeler musste im Anschluss an die Pressekonferenz einen Interviewmarathon bewältigen. Sechs Fernsehsender wollten Auskunft zur wirtschaftlichen Situation von Alleinerziehenden.

August

Frankfurt – Hamburg – Berlin – München – Leipzig – Köln – Berlin. Das waren die Stationen der Hintergrundgespräche für Journalisten zum Zensus 2011. Parallel zur Freisaltung des neuen Internetportals www.zensus2011.de informierten Experten aus Bund und Ländern insgesamt etwa 130 Journalisten ausführlich über Nutzen und Notwendigkeit des Zensus, Methode und Zeitplan, Berührung der Bürgerinnen und Bürger mit dem Zensus, Datenschutz und Datensicherheit sowie über die Kosten für den Zensus. Die Journalisten, aber auch Zensuskritiker, nutzten die Gelegenheit, um intensiv nachzufragen. Der offene Dialog – eine wichtige Maxime unserer Zensuskommunikation – hat den Praxistest erfolgreich bestanden.

September

„20 Jahre deutsche Einheit – Wunsch oder Wirklichkeit?“ Auf einer Pressekonferenz in Berlin stellte Präsident Egeler nicht nur das Statistische Jahrbuch 2010 vor, sondern auch eine Broschüre zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit. Darin zog das Statistische Bundesamt Bilanz über den Verlauf des Annäherungsprozesses von Ost und West, erreichte Gemeinsamkeiten und fortbestehende Unterschiede.

Oktober

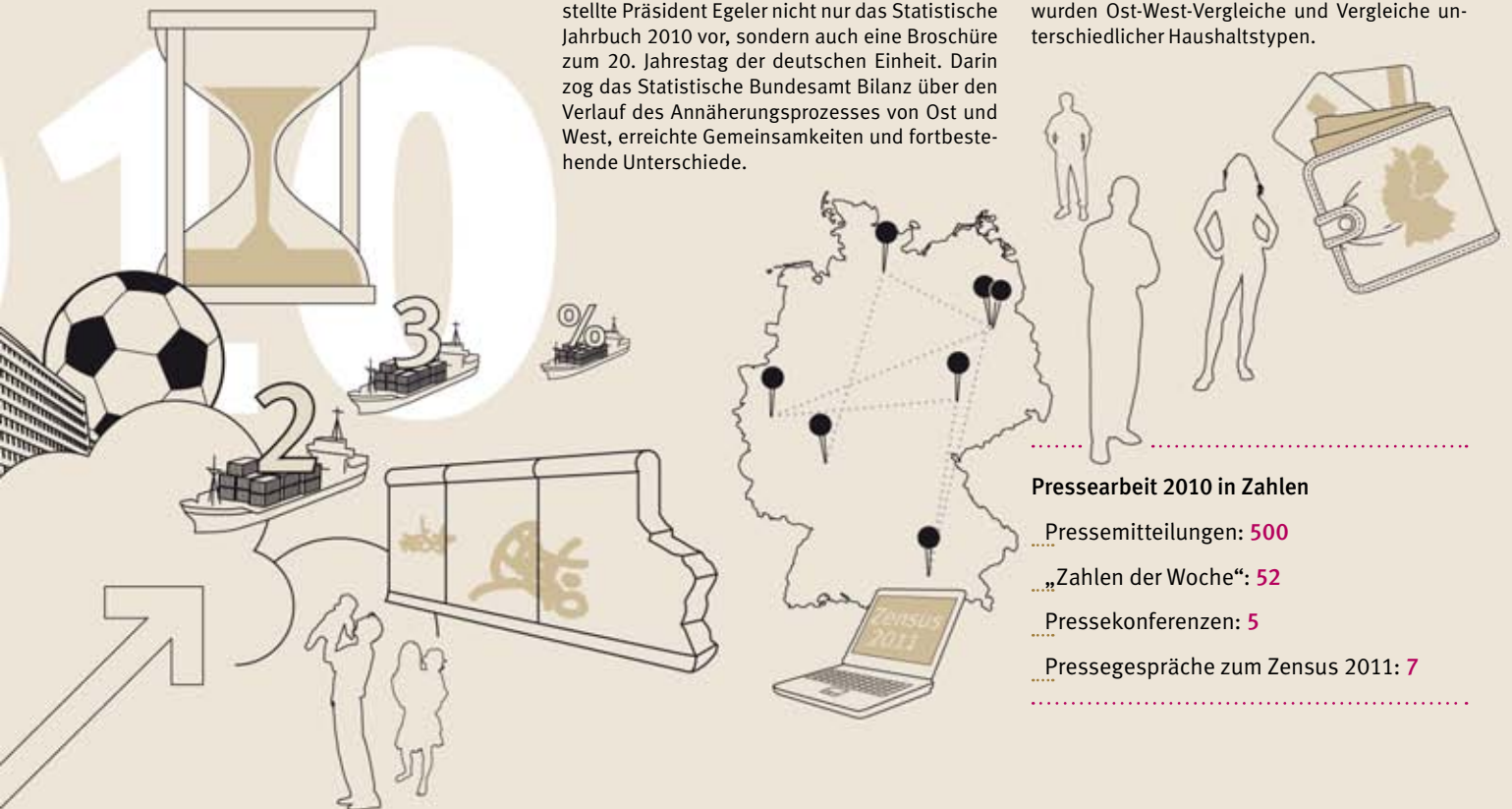
Gute Nachrichten vom Arbeitsmarkt: Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im September 2010 auf rund 40,7 Millionen, das waren 0,9% mehr als im Vorjahr. Damit setzte sich der positive Trend der letzten Monate fort.

November

Nachhaltiges Wirtschaften mit Rohstoffen war das Kernthema einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Umweltbundesamt zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen. Auf den ersten Blick scheint Deutschland auf einem guten Weg: von 2000 bis 2008 ist der Materialbedarf der deutschen Wirtschaft um 39 Millionen Tonnen gesunken. Allerdings zeigten Ergebnisse eines Forschungsprojektes: Wenn der Rohstoffverbrauch berücksichtigt wird, der im Ausland für die Herstellung deutscher Importgüter entsteht, wird daraus ein Anstieg von 134 Millionen Tonnen. Unter dem Aspekt der globalen Verantwortung für den Rohstoffverbrauch eine ernüchternde Bilanz.

Dezember

Unter dem Motto „Wo bleibt mein Geld?“ stellte Destatis auf einer Pressekonferenz in Berlin die wichtigsten Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 vor. Wie hoch war das durchschnittliche Einkommen der Haushalte und aus welchen Quellen kam es? Wie viel müssen Haushalte an Steuern und Sozialabgaben abführen? Wofür gaben die Haushalte ihr Geld aus und was blieb zum Sparen übrig? Dargestellt wurden Ost-West-Vergleiche und Vergleiche unterschiedlicher Haushaltstypen.



Pressearbeit 2010 in Zahlen

.....Pressemitteilungen: **500**

.....„Zahlen der Woche“: **52**

.....Pressekonferenzen: **5**

.....Pressegespräche zum Zensus 2011: **7**



www.destatis.de

Sechs Millionen Abrufe pro Monat

Das Internet ist die Hauptinformationsquelle für statistische Informationen. Zugang, Bedienbarkeit und Präsentation von Statistiken und Anwendungen sind von immenser Bedeutung. Experten, Wissenschaftler und alle anderen Statistikinteressierten erwarten gute, verwertbare Ergebnisse. Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft brauchen ihre Daten häufig schnell und visuell gut aufbereitet.

Mit wenigen Klicks zum Ergebnis – unter diesem Motto werden neue Tools und Funktionalitäten erprobt und an der ständigen Verbesserung unseres Internetangebotes gearbeitet. Sechs Millionen Seitenabrufe pro Monat – und damit eine Million mehr pro Monat als 2009 – sind unser Ansporn, den Besuchern ein aufgeräumtes Haus zu präsentieren.

So wurde beispielsweise die Zweisprachigkeit des Angebotes konsequent ausgebaut, auch finden europäische und internationale Statistiken immer stärkere Beachtung. Hierzu bietet das Statisti-

sche Bundesamt jetzt einen eigenen Themenbereich an. Pressemitteilungen werden direkt auf die relevanten Statistiken der Datenbank GENESIS-Online verlinkt, eine Verzahnung von Eckzahlen und weiterführenden Tabellen ist somit schnellstens möglich. Indikatoren liefern einen schnellen Überblick über Entwicklungen zu Wirtschaft und Konjunktur.

Das Preis-Kaleidoskop liefert Informationen über die Preisentwicklung und die Gewichte verschiedener Gütergruppen im Verbraucherpreisindex. Wie einzelne Produkte den Index beeinflussen, kann interaktiv ermittelt werden.

Etabliert hat sich als Bestandteil des Web-Angebotes auch das STATmagazin, das Web-Magazin des Statistischen Bundesamtes. Kurz und komprimiert liefert das Magazin nicht nur statistische Informationen und Grafiken sondern auch Hintergrundwissen zu den verschiedenen Themenbereichen. Reinschauen lohnt sich.

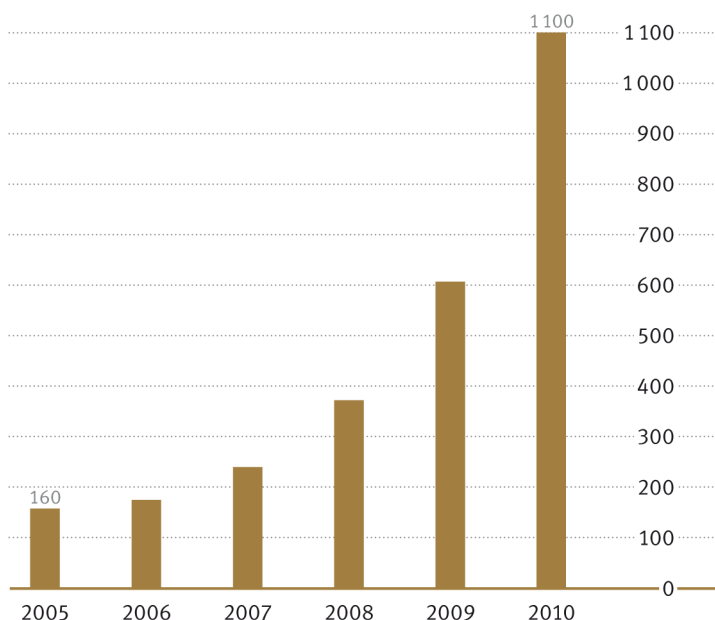
Online-Angebote

Online-Datenbanken auf www.destatis.de

2010 knackt GENESIS-Online die Millionengrenze

Wer Daten selbst recherchieren und Tabellen zusammenstellen möchte, geht am Besten gleich zu GENESIS-Online, der Internet-Datenbank des Statistischen Bundesamtes. Das Themenspektrum der Datenbank wird durch die Aufnahme neuer Inhalte laufend erweitert. Ende 2010 standen 184 Statistiken mit insgesamt 200 Millionen Werten zur Verfügung. Der deutliche Anstieg der Tabellenabrufe zeigt den wachsenden Zuspruch, den dieses Angebot bei den Nutzern findet. Mit 1,1 Millionen Tabellenabrufen im Jahre 2010 wurde ein neuer Höhepunkt erreicht. Das größte Interesse gilt nach wie vor den Ergebnissen der Preisstatistik, allen voran dem „Verbraucherpreisindex für Deutschland“ und dem „Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte“. Sehr gefragt sind auch die Zahlen zur Entwicklung des Außenhandels, die Bevölkerungsdaten und die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes. Neue Funktionalitäten und Weiterentwicklungen machen es den Nutzern immer leichter, sich in der Menge an Informationen zurecht zu finden. Insbesondere kann jetzt bei regional gegliederten Tabellen eine neue kartografische Komponente genutzt werden, mit der interaktiv verschiedene Kartenbilder erzeugt werden können. <https://www-genesis.destatis.de>

Tabellenabrufe in GENESIS-Online pro Jahr in Tausend



Neue Tarifdatenbank startet erfolgreich

Im September 2010 wurde die Tarifdatenbank des Statistischen Bundesamtes frei geschaltet. Hier können Nutzerinnen und Nutzer Informationen über Tarifverdienste einzelner Branchen und Regionen sowie wichtige tarifliche Regelungen abrufen. Zugang haben auch berichtspflichtige Unternehmen und Betriebe, sowie die statistischen Ämter der einzelnen Bundesländer, die nun die für die Verdiensterhebung benötigten Daten zeitnah abrufen können. Im Vorfeld von Tarifverhandlungen stehen den Tarifparteien und der Öffentlichkeit relevante Tarifinformationen zur Verfügung. Mit der Tarifdatenbank ist eine wichtige Grundlage für die Verbesserung der Tarifstatistik geschaffen worden: Tarifpolitisch relevante Auswertungen, wie beispielsweise Niedrigverdienste nach Branchen oder Öffnungsklauseln in Tarifverträgen, werden erstmals durchgeführt. www.destatis.de/tarifdatenbank

Was kostet Bürokratie? WebSKM gibt Auskunft

WebSKM – das ist die größte und umfangreichste Online-Datenbank für Bürokratiekosten in Deutschland. Im Auftrag der Bundesregierung wird seit 2007 ermittelt, wie hoch die bürokratischen Belastungen für Wirtschaft, Bürger und Bürgerinnen sind, die durch Informationspflichten entstehen. Eine international anerkannte Methode zur Ermittlung dieser Größen ist das Standardkostenmodell. Ziel ist die nachhaltige Reduzierung der Bürokratiekosten, die Ausgangsdaten liefert WebSKM. Die gesetzlich veranlassten Informationspflichten, Gesetze und Kosten können komfortabel recherchiert werden. Im Jahr 2006 betrug die Kosten aus Informationspflichten in Deutschland rund 50 Milliarden Euro, bis 2011 sollen diese um 25 % reduziert werden. Durch Vereinfachungsmaßnahmen wurden bis 2010 jährlich 6,7 Milliarden Euro eingespart. Welche bürokratischen Pflichten sich im Zeitverlauf geändert haben – darüber informiert WebSKM. www.destatis.de/webskm

Verbessertes Angebot: die Gesundheitsdaten des Bundes

Wie steht es um unsere Gesundheit? Das Megathema berührt nahezu alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens. Steigende Lebenserwartung, medizinische Versorgung oder Gesundheitszustand der Bevölkerung: Die Website der Gesundheitsberichterstattung des Bundes enthält die umfangreichste systematische Zusammenstellung statistischer Daten für das Gesundheitswesen in Deutschland. Aus 120 Datenquellen stehen Nutzerinnen und Nutzern über zwei Milliarden Daten aus dem Gesundheitswesen zur Verfügung. Im Jahr 2010 wurden über 600 000 Tabellen abgerufen, die Seitenzugriffe verdoppelten sich seit 2009. Befragte Nutzer gaben an, dass sich Aktualität, Umfang und Vollständigkeit der Informationen seit 2006 verbessert haben. 88 % würden die Website weiterempfehlen. www.gbe-bund.de

Angebote an Wissenschaft und Forschung

Das Statistische Bundesamt hat auch 2010 mit wissenschaftlichen Einrichtungen erfolgreich zusammen gearbeitet. In den einzelnen Bereichen der Fachstatistik gab es wie in jedem Jahr eine Vielzahl von bilateralen Kontakten zur Forschung.

Gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft veranstaltete das Statistische Bundesamt das wissenschaftliche Kolloquium, ein Forum für den Dialog zwischen amtlicher Statistik und ihren Nutzergruppen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Verbänden. 2010 wurde mit dem Thema „Wohlfahrtsmessung – Beiträge aus Wissenschaft und amtlicher Statistik zum Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report“ ein Thema gewählt, das in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion 2010 eine wichtige Rolle gespielt hat (siehe S.24)

Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben inzwischen nahezu vollständig das Informationspotential der Mikrodaten der amtlichen Statistik für die Wissenschaft erschlossen. Damit ist eine leistungsfähige Infrastruktur im nationalen Umfeld gegeben, die von der empirisch arbeitenden Wissenschaft gut angenommen wird. Bedingt durch die kontinuierliche Veränderung der Nachfrage der Wissenschaft entwickelten die Forschungsdatenzentren ihre Angebote weiter und verbesserten den Zugang zu sensiblen Mikrodaten. Methodisch werden die Voraussetzungen geschaffen, auch komplexen Datenwünschen über die Verbindung von Einzelmaterialien zu Datenfiles mit verbessertem Analysepotential gerecht zu werden. Im internationalen Bereich arbeiten die Forschungsdatenzentren im Wesentlichen an zwei großen Themenfeldern. Die standardisierte Bereitstellung der europäischen Gemeinschaftsstatistiken soll den Zugang deutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu den europäischen Mikrodaten nachhaltig verbessern. Die Weiterentwicklung der

Rechtsgrundlagen, der Geheimhaltungsrichtlinien und des konkreten Datenzugangs bilden das zweite große Themenfeld.

Mit der sozialwissenschaftlichen sowie der Markt- und Meinungsforschung wurde vereinbart, die seit Jahren bestehende gemeinsame Veranstaltungsreihe im Jahr 2011 mit einer wissenschaftlichen Tagung über die Bedeutung von Umfrageforschung und Statistik für Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft fortzusetzen.

Forschungsthemen 2010

- Migration
- Ingenieurarbeitsmarkt
- Fertilitätsentscheidungen
- Wohnungsbauprämienförderung
- Arbeitslosigkeit
- Umweltschutzinvestitionen
- Depressionen und Phobien
- Erbschaftsteuerreform
- Bildungsrenditen
- Regionale Mortalität

Basis: Mikrodatenanalysen des Forschungsdatenzentrums
www.forschungsdatenzentrum.de



Zum 12. Mal wurde der Gerhard-Fürst-Preis für herausragende wissenschaftliche Arbeiten verliehen. Ausgezeichnet wurde die Dissertation von Dr. Jörg Drechsler. Die Arbeit liefert neue Impulse des Einzeldatenzugangs über die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Weitere Preise gingen an Ulrike Rudolphi und Daniel Kemptner.



Relevante Fakten auf den Punkt gebracht

Die wichtigsten Ergebnisse aus dem umfangreichen Datenmaterial des Statistischen Bundesamtes kompakt und leicht verständlich: Broschüren mit Texten, Grafiken und kurzen Tabellen zu gefragten Themen.

20 Jahre Deutsche Einheit – Wunsch oder Wirklichkeit

Wie steht es um die Deutsche Einheit 20 Jahre nach dem Einheitsvertrag? In welchen Bereichen bewegen sich Ost und West aufeinander zu – wo (noch) nicht? Zum Jubiläum der Einheit liefert die Broschüre gezielt Daten über Stand und Entwicklung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Ost und West. Der Prozess der deutschen Einheit wird mit Zahlen und Infografiken sichtbar gemacht. ¹⁾

Qualität der Arbeit: Geld verdienen und was sonst noch zählt

Viele Aspekte machen aus der Sicht der Erwerbstätigen die Qualität von Arbeit aus: Bestehen am Arbeitsplatz gesundheitliche Beeinträchtigungen? Ermöglicht die Arbeit ein ausgewogenes Verhältnis von beruflichen und privaten Aktivitäten? Funktioniert die Zusammenarbeit mit Vorgesetzten und Kollegen? In der Broschüre werden Ergebnisse und Entwicklungen ab Mitte der neunziger Jahre dargestellt. ²⁾

Hochschulen auf einen Blick, Ausgabe 2010

Die Broschüre liefert seit 2006 regelmäßig Fakten zu Strukturen und aktuellen Entwicklungen der deutschen Hochschullandschaft. In welchen Fächergruppen wird das Studium am häufigsten erfolgreich abgeschlossen? Welche Hochschulstandorte sind für Studien-

anfänger und Studierende aus anderen Teilen Deutschlands und aus dem Ausland am attraktivsten? ³⁾

Frauen und Männer in verschiedenen Lebensphasen

Eine gute (Aus-)Bildung ist für Frauen heute genauso selbstverständlich wie für Männer. Allerdings gibt es nach wie vor Lebensbereiche, in denen Ungleichheiten herrschen. Frauen mit Kindern gehen seltener einem Beruf nach, während die Berufstätigkeit von Vätern immer noch weitgehend unabhängig vom Heranwachsen der Kinder ist. Wie bestreiten Frauen und Männer ihren Lebensunterhalt im Alter? ⁴⁾

Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Indikatorenbericht 2010

Wie erfolgreich ist die Strategie für nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung? In welchen Bereichen können die von der Politik gesetzten Ziele erreicht werden und welche Bereiche bleiben hinter den Erwartungen zurück? Der dritte Indikatorenbericht des Statistischen Bundesamtes „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ zeigt Entwicklungen und den aktuellen Stand für 35 ausgewählte Nachhaltigkeitsindikatoren aus den Bereichen Umwelt, Energie, Wirtschaft und Lebensqualität. ⁵⁾

Im Zensusteam weht ein besonderer Wind: Viele junge wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedener Studienrichtungen unterstützen die Vorbereitungen im Statistischen Bundesamt. Drei von ihnen gehören dem Team „Projektgruppe 3 – Haushaltebefragung und Erwerbsregister“ an. Als die Bundesrepublik das letzte Mal gezählt wurde, waren sie noch im Kindergarten.

Die Vorbereitungen zum Zensus 2011, der größten Erhebung der amtlichen Statistik seit über 20 Jahren, laufen auf Hochtouren. Das Zensusteam besteht aus elf Projektgruppen auf Bundes- und Länderebene. Sie sind für unterschiedliche Teilaufgaben zuständig und bereiten sich auf den Stichtag am 9. Mai 2011 vor. Das ist der Tag, an dem rund zehn Prozent der Bevölkerung einen Zensusfragebogen beantworten. Die Bevölkerungszahl wird registergestützt erfasst und durch eine Haushaltebefragung ergänzt, nachdem sie über 20 Jahre lang nur „fortgeschrieben“ wurde, wie es im Fachjargon der Statistiker heißt. Daher erwarten viele politische Entscheidungsträger, wissenschaftliche Institute und kommunale Planer gespannt auf die Ergebnisse des Zensus. Durch den Abgleich mit den neuen Bevölkerungsdaten müssen viele bestehende Statistiken auf ihre Qualität geprüft und politische Maßnahmen wie der Länderfinanzausgleich neu berechnet werden.

Christiane Loos und ihr Kollege David Bretschi sind unter anderem dafür zuständig, dass die Berufe der Befragten auch den richtigen Berufsklassifikationen zugeordnet werden. Die „Erhebungsbeauftragten“ – so heißen die Interviewerinnen und Interviewer bei der Zensusbefragung – müssen die Frage nach dem Beruf so stellen, dass sie präzise Antworten erhalten, damit die Angaben später fehlerfrei kodiert bzw. zugeordnet werden können. Die Angabe „Lehrer“ reicht beispielsweise als Berufsbezeichnung nicht aus, da sich unter den 24 000 Berufsangaben auch Lehrer für spezielle Richtungen wie Aerobic oder Nautik verbergen. Damit eine hohe Datenqualität erreicht wird, müssen diese Prozesse bis ins Detail durchdacht werden.

Einfühlungsvermögen ist gefragt, um vorzuschauen, wo es später haken könnte: „Schwierigkeiten, die wir jetzt nicht voraussehen, können später zu einem erheblichen Mehraufwand führen“, meint David Bretschi. Die Kollegen der IT in Nordrhein-Westfalen stehen mit den beiden in engem Kontakt und setzen die Maßnahmen zur Qualitätssicherung um, indem sie ein entsprechendes IT-Tool entwickeln, das eine reibungslose Erfassung der Daten ermöglicht. Die jungen Teammitglieder wissen, dass sie im Rahmen dieses Großprojektes wichtige Erfahrungen sammeln können und sind hoch motiviert. Christiane Loos, die bereits zwei Jahre in der Kommunikationsberatung tätig war, sieht die Arbeit am Zensus als große Herausforderung. David Bretschi, der direkt nach dem Studium zum Zensus kam, schätzt seine Tätigkeit als „Pionierarbeit mit absolutem Reiz“.

Fragen zur Erwerbstätigkeit und zu den Berufen sind ein wichtiger Teil des Zensusfragebogens. Sie werden als „Strukturdaten“ bezeichnet, weil die Gesellschaft ohne diese Daten nicht abgebildet werden kann. Der Zensus soll möglichst präzise Ergebnisse dazu liefern, wie hoch der jeweilige Anteil eines Berufes oder Berufsfeldes in der Bevölkerung ist. Der Arbeitsmarkt- und Berufsfeldforschung erschließen sich durch den Zensus 2011 völlig neue Möglichkeiten, so Joachim Schade vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), der davon ausgeht, dass es auf nationaler Ebene zu einem neuen Nullpunkt für die quantitative Berufsforschung kommt. So können mit den Ergebnissen des Zensus mehr Aussagen über einzelne Berufspositionen gemacht werden und die Daten werden durch die Stichprobengröße des Zensus belastbarer. Vorausberechnungen,

beispielsweise zum Fachkräftemangel bei Pflegeberufen, können durch die neuen Zensusdaten fundiert weiter berechnet werden.

Wer in Deutschland in welchen Berufen arbeitet, wurde bisher mit Hilfe von Registerdaten ermittelt, zum Beispiel mit Hilfe der Bundesagentur für Arbeit. Dort gibt es aber nur Daten zu sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten oder Arbeitslosen. Mit dem Zensus können zusätzlich Erkenntnisse über Menschen gewonnen werden, die beispielsweise nur stundenweise arbeiten. Für die Beschreibung der beruflichen Situation alleinerziehender Frauen oder Personen mit Migrationshintergrund sind diese Daten unverzichtbar.

Damit auch jede und jeder erreicht werden kann, werden die Fragebogen des Zensus in 13 Sprachen übersetzt: von arabisch bis vietnamesisch. Natalie Meder arbeitete zunächst für die Geschäftsstelle der Zensuskommission und im Team Sonderbereiche. Dieses Team befasst sich mit der Befragung von Menschen, die beispielsweise in Altenheimen oder in Strafvollzugsanstalten leben. Jetzt kümmert Sie sich unter anderem um die Koordination zwischen den Fragebogengestaltern und Übersetzungsbüros. Jeder Fragebogen wird übersetzt und von einem zweiten Übersetzer noch mal „rückübersetzt“. Sind die Fragebogen gelayoutet, findet ein weiterer Check der Übersetzungen statt, letzte Fehler werden aufgespürt. Zusätzlich arbeitet Natalie Meder eng mit den Spezialisten zusammen, die den Online-Fragebogen auf Herz und Nieren getestet haben. Nicht alles, was fachlich wünschenswert wäre, kann dabei technisch umgesetzt werden. Die beste Lösung abzuwägen ist ihr gemeinsamer Ansporn.

Die Zensus- kommunikation

Transparent und dialogorientiert kommunizieren



Das Team der Zensuskommunikation im Statistischen Bundesamt.

Wie kommuniziert man eine Volkszählung, bei der nur ein Teil der Bevölkerung direkt um Auskunft gebeten wird, aber in die doch Daten aller Einwohnerinnen und Einwohner eingehen? Und wie kommuniziert man den neuen Begriff dafür: Zensus 2011?

Der kommende Zensus ist eine kommunikative Herausforderung – und das in mehrfacher Hinsicht: In erster Linie ist er ein statistisches Großprojekt, eine moderne Volkszählung, registergestützt und für die Auskunftspflichtigen belastungsarm. Zugleich kann er aber auch ein politisch bedeutsames Thema sein – man denke an

1987, als die Volkszählung mit heftigen Kontroversen und Boykottaufrufen einherging.

Ein zentrales Anliegen der Zensuskommunikation ist es daher, die gesamte Bevölkerung möglichst früh sehr transparent und umfassend über den kommenden Zensus zu informieren. Die „Pflicht“ zur Informa-

tion der gesamten Bevölkerung ergibt sich schon allein aus dem sogenannten Volkszählungsurteil von 1983. Das Bundesverfassungsgericht kritisierte damals, dass die Notwendigkeit zur verlässlichen Aufklärung der Auskunftspflichtigen nicht rechtzeitig erkannt worden sei (BVerfGE 65, 1 [1]).

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder nehmen diesen Informationsauftrag gerne an – und zwar auf allen Ebenen.

Bevölkerung, Medien, Zensuskritiker, Wissenschaft, etwa 17,5 Millionen Haus- und Wohnungseigentümer und 9,6 Millionen Befragte der Haushaltebefragung, Inter-

viewerinnen und Interviewer, Landkreise, Kommunen – die Zielgruppen der Zensuskommunikation sind sehr vielfältig. Wir begegnen allen auf gleicher Augenhöhe und fördern, wo immer es geht, den offenen Dialog und die Diskussion mit Zensuskritikern, Medien und interessierten Bürgern – auch um Konfliktthemen. Gleichzeitig informieren wir zielgruppengerecht, modern und ansprechend. Und das alles mit einem Ziel: den Sinn und Nutzen des Zensus 2011 zu erläutern, um die Akzeptanz und die Teilnahmebereitschaft an dieser so wichtigen Statistik zu erhöhen.

Die große, bundesweite Zensuskampagne startet im April 2011 – in zeitlicher Nähe zu den Befragungen. Doch natürlich haben wir auch schon 2010 kräftig die Werbetrommel für den Zensus gerührt und die Basis geschaffen, damit der Zensus bis zum Stichtag 9. Mai 2011 in der Öffentlichkeit gut ankommt: Herzstück der Zensuskommunikation bildet das im August 2010 freigeschaltete gemeinsame Dialogportal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder – www.zensus2011.de. Hier findet alles statt: Information, Dialog, Online-Meldung. Und zwar stets in modernem und klarem Design und starker Visualisierung.

Sechs unterschiedliche, audio-visuell gestützte Guided Tours führen den Nutzer an das komplexe Thema Zensus heran; weitere interaktive Informationselemente bieten die Rubriken „Geschichte“ oder „Zensus weltweit“.

Unsere Kommunikationsmaxime transparenter Dialog auf Augenhöhe wird schon jetzt an vielen Stellen im gesamten Dialogportal umgesetzt: In der Rubrik „Das Sagen Andere“ werden zum Beispiel Beiträge veröffentlicht, die sich kritisch mit dem Thema Zensus auseinandersetzen. So kann sich jeder seine eigene Meinung zum Zensus bilden. Aktuelle Themen werden in der Rubrik „Im Gespräch“ aufgenommen und seitens der statistischen Ämter kommentiert. Fragen einzelner Nutzerinnen und Nutzer werden direkt über das Kontaktformular

schnell und kompetent beantwortet, dank integrierter Suchfunktion oftmals sogar schon beim Schreiben.

Journalisten bietet die Internetseite einen eigenen Pressebereich, der neben Bildmaterial und Unterlagen von Pressekonferenzen auch einen Presseblog mit aktuellen Informationen und Terminen rund um den Zensus bietet.

Natürlich steht das Internet nicht allein. Die Medien wurden von uns auch außerhalb des Internets „fit für den Zensus“ gemacht: Im August fanden in Frankfurt, Berlin, Hamburg, München Leipzig und Köln Medienworkshops statt, um den Medienvertretern das komplexe Thema zu erläutern. Ursprünglich nur als Hintergrundinformation geplant, wurde im Anschluss fast in allen überregionalen Zeitungen ausgiebig zur Methodik des Zensus berichtet. An mehreren Veranstaltungen nahmen auch Vertreter des „AK Zensus“, der Initiative gegen die Volkszählung 2011 des Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung teil, die hier den Zensus öffentlich kritisch mit Vertreterinnen und Vertretern der amtlichen Statistik diskutierten.

Eine ganz besondere Herausforderung war 2010 natürlich auch die Vorbefragung im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung – sozusagen unsere Feuertaufe, denn erstmals kamen sehr viele Befragte direkt mit dem Zensus in Kontakt. Um die Bevölkerung und insbesondere auch die Gebäude- und Wohnungseigentümer angemessen über diese Vorbefragung zu informieren, wurden flankierend zum Internetangebot in vielen regionalen und überregionalen Zeitungen Anzeigen zum Zensus 2011 geschaltet.

Und die Praxis zeigt uns: Wir sind auf einem guten Weg in Richtung Zensusstichtag 9. Mai 2011.



Das Gesicht des Zensus 2011 ist Dr. Sabine Bechtold, Abteilungsleiterin für Bevölkerungsstatistik und Vorsitzende der Projektleitung Zensus 2011. Dieses Bund-Länder-Gremium steuert die Arbeiten der verschiedenen Projektgruppen, in denen die methodischen, technischen und operativen Fragen des Zensus bearbeitet werden.

An verantwortlicher Stelle am Zensus 2011 mitzuwirken ist für sie eine sehr spannende Herausforderung. Mit dem Umstieg von einer traditionellen Volkszählung auf das neue Zensusmodell sind die Anforderungen an die Projektkoordination deutlich gestiegen. Die Daten müssen aus verschiedenen Quellen erhoben und zusammengeführt werden. Dies geschieht nicht nur in einem Amt, vielmehr werden die verschiedenen Zensusdaten an verschiedenen Standorten verarbeitet.

Das größte Projekt der amtlichen Statistik muss fachlich akribisch vorbereitet und im föderalen Gefüge zwischen den verschiedenen Beteiligten koordiniert und abgestimmt werden. Hierzu gehören neben den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder auch die politisch verantwortlichen Institutionen, wissenschaftliche Gremien und Projektpartner.

Auch wenn alle Beteiligten das gemeinsame Ziel haben, den Zensus 2011 erfolgreich durchzuführen, es bleibt eine Herausforderung, die verschiedenen Fäden so zusammen zu halten, dass das Ziel erreicht wird.

Im Interview: Dr. Kristina Schröder

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Frau Ministerin, Sie standen als Berichterstatterin für Statistik im Innenausschuss des Bundestages und als Abgeordnete für den Wahlkreis Wiesbaden im regelmäßigen Austausch mit dem Statistischen Bundesamt. Seit 2009 sind Sie Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Wie nehmen Sie das Statistische Bundesamt aus dieser Perspektive wahr?

Das Familienministerium ist in vielen Bereichen auf Daten des Statistischen Bundesamtes angewiesen, etwa auf die Ergebnisse des Mikrozensus. Schon als Abgeordnete habe ich mich sehr dafür interessiert – und zum Beispiel durchgesetzt, dass im Mikrozensus erhoben wird, wie viele Kinder eine Frau geboren hat. So kann das Geburtenverhalten genauer untersucht werden. Es war ein langes Ringen in verschiedenen Gremien, ob man diese Frage aufnehmen soll. Auch als Soziologin sind für mich die Ergebnisse, die das Statistische Bundesamt publiziert, natürlich besonders interessant. Ich glaube, dass wir hier eine sehr gut aufgestellte und leistungsfähige Behörde haben, um die uns viele beneiden. Vorbe-

„Wenn wir keine belastbaren Zahlen haben, befinden wir uns schließlich bei vielen Themen im Blindflug und das kann uns teurer zu stehen kommen, als die Erstellung fundierter Statistiken.“

halte nach dem Motto: „Statistiken? Davon gibt es doch viel zu viele.“ habe ich deshalb schon als Abgeordnete kritisiert. Wenn wir keine belastbaren Zahlen haben, befinden wir uns schließlich bei vielen Themen im Blindflug und das kann uns teurer zu stehen kommen, als die Erstellung fundierter Statistiken.

Was sind aus Ihrer Sicht als Ministerin die gesellschaftlich relevanten Themen der nächsten Jahre?

Besonders wichtig ist mir das Thema Zeit – und zwar als neue Leitwährung moderner Familienpolitik. In den letzten Jahren standen zu Recht die Infrastruktur und die monetären Aspekte der Familienpolitik im

Vordergrund. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist aber vor allem auch eine Frage der Zeit – schließlich arbeiten immer häufiger beide Partner. Dem entsprechend schwierig ist die Zeit füreinander und die Zeit mit den Kindern zu organisieren. Zeit ist eindeutig der Dreh- und Angelpunkt, der entscheidet, ob Familienleben glücken kann. Deshalb ist alles, was das Statistische Bundesamt zum Thema Zeitbudgets macht, hochinteressant. Das zweite große Thema ist die alternde Gesellschaft. Heute gibt es 2,4 Millionen Pflegebedürftige in Deutschland. Wie viele Menschen, die Angehörige pflegen, sind gleichzeitig berufstätig und in welchem Umfang? Auch hier sind wir auf gute Daten angewiesen. Wir brauchen Infor-





„Durch die gestiegene Lebenserwartung haben wir eine neue Lebensphase geschenkt bekommen, die auch mit statistischen Informationen differenziert abgebildet werden muss.“

mationen über die Zeit, die für Zuwendung, Betreuung und Pflege aufgewendet wird. Mit meinem Gesetz zur Familienpflegezeit will ich den Menschen die Chance geben, ihre Angehörigen zu pflegen und dabei weiterhin berufstätig zu bleiben.

Wir arbeiten im Auftrag Ihres Hauses an einer Veröffentlichung „Im Blickpunkt: Ältere Menschen“, in der wir Daten zu Lebensformen, Erwerbstätigkeit, zur finanziellen Situation und zur Gesundheit älterer Menschen beschreiben. Welche Aspekte des Alters sind Ihnen besonders wichtig?

Wir dürfen das Alter nicht nur mit den Begriffen Pflege und Demenz verknüpfen. Durch die gestiegene Lebenserwartung haben wir eine neue Lebensphase geschenkt bekommen, die auch mit statistischen Informationen differenziert abgebildet werden muss. Vielen Leuten geht es im Alter gesundheitlich gut und sie sind noch sehr aktiv. Auch mit dem Bundesfreiwilligendienst, der Frauen und Männern jeden Alters offen steht, wollen wir älteren Menschen die Chance geben, sich aktiv einzubringen. Und viele ältere Menschen wollen das auch!

Frau Ministerin, Sie haben sich im Innenausschuss des Deutschen Bundestages stark dafür eingesetzt, dass Fragen zum Migrationshintergrund und zur Religionszugehörigkeit in den Fragebogen für die Haushaltsstichprobe des Zensus 2011 aufgenommen wurden.

Jetzt kommt mein Lieblingsthema (lacht). Ich habe mich sowohl als Abgeordnete sehr intensiv mit diesem Thema befasst als auch im Rahmen meiner Promotion. Ohne die beiden Aspekte Religionszugehörigkeit und Migrationshintergrund kann man unsere Gesellschaft nicht wirklich verstehen. Die Religionsfrage haben wir auch in früheren Zählungen erhoben, deshalb mussten wir sie aus meiner Sicht auch beim Zensus 2011 unbedingt aufnehmen. Leider wird nur die Zugehörigkeit zum christlichen Glauben verbindlich erhoben, die Angabe des Bekenntnisses zum Islam ist freiwillig. Das ist aus methodischer Sicht sehr schade – denn so lassen sich die Ergebnisse schlecht vergleichen. Heute leben über drei Millionen Muslime in Deutschland. Es ist wichtig, dass wir die Glaubensrichtungen in der Bevölkerung kennen und

zusammen mit anderen Merkmalen abbilden können. Was den Migrationshintergrund angeht, betreten wir beim Zensus Neuland. Bei vielen elementaren Fragen zur Integration bewegen wir uns alle deshalb aus statistischer Sicht auf relativ dünnem Eis.

Ein wichtiges Anliegen unseres Hauses ist es, transparent über den kommenden Zensus zu informieren, um die Akzeptanz und Teilnahmebereitschaft zu erhöhen. Ein Schwerpunkt der Zensuskommunikation liegt auf dem Internetportal. Wie wird der Zensus im Kreise politischer Entscheidungsträger wahrgenommen?

Ich habe die Internetseite zum Zensus selbst schon intensiv genutzt. Deswegen kann ich aus eigener Erfahrung sagen, dass die Seite sehr informativ und aussagekräftig ist. Wenn man mit den Kollegen auch im Bundestag spricht, ist allen klar: Wir brauchen dringend einen neuen Zensus. Unsere Bevölkerungsdaten basieren auf Zählungen von 1987 im Westen und von 1981 im Osten. Wir wissen ziemlich genau, wie viele Rinder es in Deutschland gibt, aber nicht, wie viele Menschen. Deshalb können wir zum Beispiel noch nicht einmal sagen, ob der Länderfinanzausgleich in der derzeitigen Form wirklich korrekt ist. Wir sind also in vielen Bereichen dringend auf die Ergebnisse des Zensus 2011 an-

gewiesen. Eigentlich ist es abenteuerlich, dass wir über 20 Jahre lang Bevölkerungsdaten immer nur fortgeschrieben haben, auch wenn das sicher eine statistische Kunstfertigkeit ist. Ich hoffe sehr, dass ich im Rahmen der Haushaltsbefragung in die Stichprobe komme und befragt werde, das würde mir richtig Spaß machen. Bei der Vorbefragung für die Gebäude- und Wohnungszählung habe ich schon einen Fragebogen ausgefüllt.

Es gibt in unserem Hause Überlegungen soziale Netzwerke für die Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen. Frau Dr. Schröder, Sie sind sehr aktiv in sozialen Netzwerken im Internet. Sie twittern regelmäßig und sind bei Facebook. Was erhoffen Sie sich davon?

Zunächst einmal habe ich ganz einfach Spaß daran und es interessiert mich. Und natürlich ist es spannend, auf diese Weise mehr Menschen, insbesondere die Jüngeren, direkt zu erreichen. Angefangen zu twittern hatte ich, um einmal die ganze Bandbreite der Arbeit einer Bundestagsabgeordneten darzustellen und da mehr Transparenz reinzubringen – von der Arbeit im Untersuchungsausschuss über den Besuch beim Statistischen Bundesamt im Rahmen der Sanierung bis hin zum Empfang der Freiwilligen Feuerwehr in Wiesbaden-Frauenstein. Über Twitter erreiche ich Menschen, die wahrscheinlich weder zu meiner Bürgersprechstunde noch zum (im Übrigen sehr schönen!) Erntedankfest der Bierstadter Landfrauen kommen. Es ist doch wirklich positiv, dass insbesondere die jüngere Generation sich im Internet an gesellschaftlichen und politischen Fragestellungen beteiligt. Das dient der politischen Diskussion – und die brauchen wir online wie offline!

Sie twittern nicht mehr so häufig wie früher ...

Ja, das stimmt. Man hat bei Twitter nur 140 Zeichen zur Verfügung. Da können Informationen und Meinungen natürlich nur sehr verkürzt wiedergegeben werden. Leider habe ich die Erfahrung gemacht, dass solche Meldungen dann gerne in einen falschen Zusammenhang gerückt werden. Deshalb

bin ich als Ministerin vielleicht inzwischen etwas zurückhaltender als früher.

Wie gehen Sie mit dem Feedback auf Ihre Beiträge um?

Ich lese sämtliches Feedback auf Twitter selbst und bekomme alles mit – jeder kann mir also tatsächlich persönlich etwas mitteilen. Aber natürlich kann ich nur manche Fragen auch wirklich beantworten, für mehr reicht die Zeit einfach nicht. Ich könnte die Antworten auch fremdtwitern lassen, aber das will ich nicht. Das ist auch einfach nicht im Sinn der Sache.

Als Soziologin mit Bezug zu empirischen Methoden sind Ihnen Statistiken vertraut. Können Sie diese Fachkenntnisse bei Ihrer Arbeit als Ministerin einsetzen?

Ja, absolut. Ich habe hier im Ministerium einen ganz anderen Blick auf die Daten. Ich schaue mir statistische Ergebnisse auch unter methodischen Gesichtspunkten an. Vor kurzem fiel mir zum Beispiel bei einer Grafik auf, dass aus dem Merkmal „Kinder, die bei verheirateten Eltern aufwachsen“ fälschlicherweise „Kinder, die bei *ihren* verheirateten Eltern aufwachsen“ geworden war. Das ist ja ein deutlicher Unterschied. Ich bin auch davor gefeiert zu glauben, dass man bei einem leichten Auf und Ab bei der Geburtenrate gleich von einem Trend ausgehen kann. Ich verfolge natürlich mit großem Interesse, was sich in diesem Jahr abzeichnet und freue mich, wenn die Geburtenrate steigt. Aber ob das dann wirklich eine Trendwende ist, kann man frühestens in fünf Jahren sagen.

„Angefangen zu twittern hatte ich, um einmal die ganze Bandbreite der Arbeit einer Bundestagsabgeordneten darzustellen.“



Dr. Kristina Schröder ist seit November 2009 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die promovierte Soziologin vertritt seit 2002 den Wahlkreis Wiesbaden im deutschen Bundestag. Als Fachpolitikerin für Statistik tauschte sie sich in den letzten Jahren mit dem Statistischen Bundesamt zum Mikrozensus und zum Zensus 2011 regelmäßig aus.



Das Interview führten Heidrun Stirner und Ilka Willand.



Der Mensch lebt nicht vom BIP allein

Das Bruttoinlandsprodukt ist ein Indikator für Wohlstand und Fortschritt einer Gesellschaft. Die Rolle als alleiniges Maß zur Beschreibung von Wohlstand im Zusammenhang mit Lebensqualität, Partizipation und Nachhaltigkeit war dem BIP nie zgedacht. Eine weltweite Diskussion darüber löste aber erst der Stiglitz-Sen-Fitoussi Bericht aus – mit nachhaltigen Auswirkungen auf die nationale und internationale statistische Berichterstattung.



Ulrich Spörel, Dr. Susana García Díez und Albert Braakmann beschäftigen sich im Statistischen Bundesamt mit dem BIP und der Wohlfahrtsmessung.

gemessen werden können. Schon allein die Tatsache, dass fünf der 25 Mitglieder Nobelpreisträger waren, gab dieser Kommission eine herausragende Bedeutung. Gemessen am Umfang der Aufgabe stand der Kommission nur ein geringer Zeitraum für ihre Arbeiten zur Verfügung. Sie kam im April 2008 zum ersten Mal zu einer Sitzung zusammen und stellte ihren annähernd 300 Seiten umfassenden Abschluss-Bericht bereits am 14. September 2009 in Paris der Öffentlichkeit vor. Der Bericht gliedert sich in drei Teile, zu denen die Kommission jeweils eigene Arbeitsgruppen gebildet hatte.

Im ersten Teil befasst sich die Kommission unter der Überschrift „Classical GDP Issues“ mit dem Konzept und den Methoden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Insbesondere werden hier noch einmal die Argumente aus der Diskussion über die Grenzen des BIP als Wohlfahrtsindikator resümiert.

Der zweite Teil steht unter der Überschrift „Quality of Life“. Er behandelt die Möglichkeiten einer mehrdimensionalen Messung der verschiedenen Aspekte, die die Kommission für die Lebensqualität der Menschen für wichtig erachtet. Im Einzelnen befasst sie sich mit sieben Teilbereichen: Gesundheit, Bildung, Persönliche Aktivitäten einschließlich Erwerbsarbeit, Politische Partizipation und Qualität der Staatstätigkeit, Soziale Beziehungen, Umwelt, Persönliche und wirtschaftliche Unsicherheit.

Der dritte und letzte Teil des Berichts ist der nachhaltigen Entwicklung gewidmet. Dabei geht es zum einen um die Betrachtung natürlicher Ressourcen und ihrer zeitlichen Veränderung, zum anderen um die Beschreibung der gegenwärtigen Umweltbelastungen. Eine Minderung der natürlichen Ressourcen ohne kompensatorische Maßnahmen verringert die Entwicklungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen und widerspricht insofern dem Prinzip der Nachhaltigkeit. Von gleich großer Bedeutung werden Informationen (Indikatorensets) zu bedrohlichen Umweltzuständen, wie beispielsweise zum Klimawandel oder zur Erschöpfung von Fischbeständen, eingeschätzt.

Der Bericht der SSF-Kommission ist erwartungsgemäß nicht nur in Frankreich, sondern auch international auf große Resonanz gestoßen. Er reiht sich ein in eine umfassende Diskussion, die sich in den letzten Jahren deutlich intensiviert hat. So hat die Europäische Kommission schon im November 2007 in Zusammenarbeit mit dem EU-Parlament, dem Club of Rome, der OECD und dem World Wide Fund For Nature (WWF) eine Konferenz mit dem Thema „Beyond GDP“ veranstaltet. Ziel dieser Konferenz war es zu bestimmen, welche Indikatoren am ehesten geeignet sind, um

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist eine der wichtigsten volkswirtschaftlichen Größen schlechthin. International vergleichbar und aussagekräftig galt es in den letzten Jahrzehnten als Indikator für Wohlstand und Fortschritt. Inzwischen wird weltweit diskutiert, ob die einseitige Ausrichtung auf Wachstum, das heißt traditionell Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, automatisch zu gesellschaftlichem Fortschritt und höherer Lebensqualität für die Menschen führt. Hinzu kommt die Frage der Nachhaltigkeit und damit die Frage, inwieweit die heutige Generation Wirtschaftswachstum auf Kosten der nachfolgenden Generationen generiert – sei es durch die Vernichtung natürlicher Ressourcen oder eine zunehmende Staatsverschuldung, die den ökonomischen Spielraum in der Zukunft immer mehr einschränkt.

Der französische Staatspräsident Sarkozy hat im Februar 2008 eine hochrangig besetzte, internationale Expertenkommission, die sogenannte Stiglitz-Sen-Fitoussi Kommission (SSF) einberufen. Sie sollte Vorschläge erarbeiten, wie die wirtschaftliche Leistung und der soziale Fortschritts einer Gesellschaft künftig besser statistisch

Fortschritt zu messen und wie diese am besten in öffentliche Debatten integriert werden können. Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Konferenz hat die EU-Kommission dann im August 2009 ihre Initiative „Das BIP und mehr (GDP and Beyond) – Die Messung des Fortschritts in einer Welt des Wandels“ entwickelt.

Und auch die EU 2020 – Strategie, die die EU-Kommission im Jahr 2010 vorgelegt hat, steht in einem Bezug zu dieser Debatte. Sie legt statistisch klar definierte und damit überprüfbare Zielvorgaben für den genannten Zeitraum zu den folgenden fünf Politikbereichen fest: Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Energie und Klima, Bildung, Armutsbekämpfung.

Der Bericht der SSF-Kommission hat bemerkenswerte Folgeaktivitäten ausgelöst. So hat sich der gemeinsame deutsch-französische Ministerrat auf seiner Sitzung im Februar 2010 mit diesem Bericht beschäftigt. Er beauftragte die beiden Wirtschaftssachverständigenräte eine gemeinsame Expertise dazu zu erstellen und die Umsetzbarkeit der dort vorgestellten Empfehlungen zu prüfen. Die Expertise wurde den beiden Regierungen auf der Ministerratsitzung im Dezember 2010 vorgelegt.

Das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) hat dieses Thema auch weit oben auf seine Agenda gesetzt. Eine hochrangige Sponsorship-Gruppe, geleitet von Eurostat Generaldirektor Walter Radermacher und dem Leiter des französischen Statistik Instituts (INSEE) Jean-Philippe Cotis, befasst sich mit der möglichen Umsetzung der Empfehlungen der SSF-Kommission in das Europäische Statistische System. Die eigentlichen fachlichen Diskussionen werden in vier Task Force Gruppen geführt. Thematisch sind sie nach den drei Themenbereichen des SSF-Berichts gegliedert. Die vierte Gruppe befasst sich mit bereichsübergreifenden Themen. In allen vier Gruppen wie auch in der Hauptgruppe selbst ist das Statistische Bundesamt vertreten. Erste Ergebnisse dieser Arbeiten sollen schon im Sommer 2011 vorgelegt werden.

Bereits vor dem Beginn der Arbeiten bei Eurostat hat sich das Statistische Bundesamt mit dem SSF-Bericht auseinandergesetzt. Dabei wurde eine erste Einschätzung bezüglich der Umsetzbarkeit der Empfehlungen der SSF-Kommission für Deutschland vorgenommen. Die Bestandsaufnahme zeigte, dass viele Daten, beispielsweise zur statistischen Beschreibung der Lebensqualität, vorhanden sind.

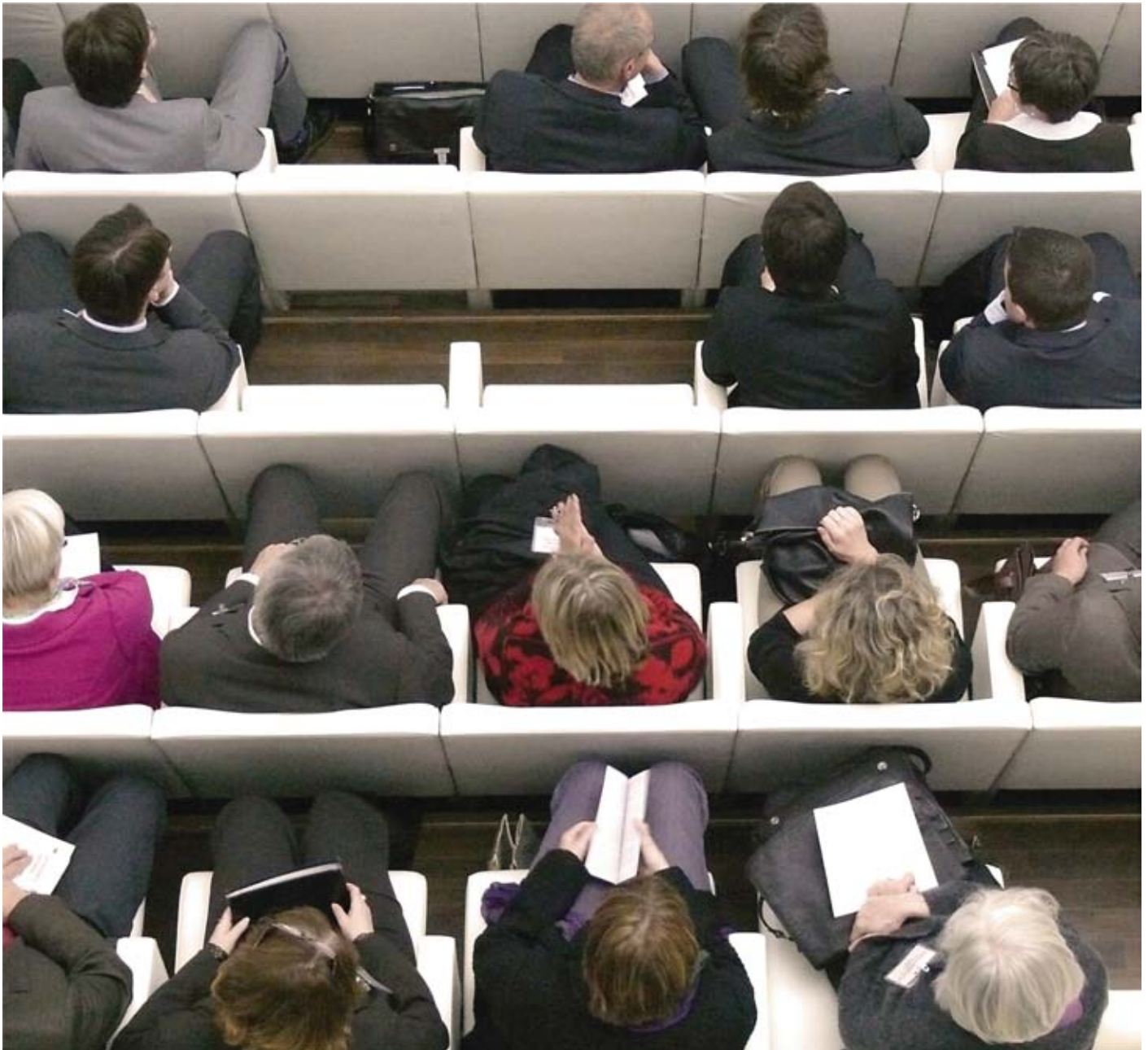
So ist die deutsche Statistik in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Arbeitsmarktstatistik bereits sehr gut aufgestellt. Ähnliches

gilt für die Bereiche Umwelt und Nachhaltigkeit, die durch die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen abgedeckt sind. Einige Vorschläge zum Bereich Wirtschaftsindikatoren könnten allein durch eine Änderung der Ergebnisdarstellung umgesetzt werden.

Andererseits hat die Auswertung gezeigt, wo auf der Landkarte der deutschen Statistik weiße Flecken bestehen. Einige davon lassen sich durch Änderungen oder Erweiterungen des bestehenden Erhebungsprogramms zumindest mittelfristig beseitigen. Für andere sind teilweise neue Erhebungen notwendig oder solche, die noch nicht zum festen Bestandteil des statistischen Programms in Deutschland gehören. Ein Beispiel dafür ist die Zeitbudgeterhebung, die in Deutschland zuletzt vor zehn Jahren durchgeführt wurde und eine wichtige Quelle gerade für solche Tätigkeiten sein könnte, die nicht über den Markt angeboten werden. Nicht erfasst werden im BIP beispielsweise Tätigkeiten im Haushalt, ehrenamtliche Tätigkeiten oder unbezahlte Pflegeleistungen.

Eine besondere Aufwertung hat die Thematik durch den Deutschen Bundestag im November 2010 mit der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ erfahren. Die Aufgabenstellung dieser Kommission ist noch weiter gefasst: So soll sie auch die Möglichkeiten und Grenzen einer Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch untersuchen, Fragen einer nachhaltig gestaltenden Ordnungspolitik und eine Einflussnahme auf Konsum und Lebensstile thematisieren. Ein wichtiges Ziel ist hier die Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindicators. Der Bericht der Enquete-Kommission wird vor Ablauf der Legislaturperiode erwartet. Die dauert nun noch gut zweieinhalb Jahre. Die Frage einer adäquaten und umfassenden Wohlfahrtsmessung wird das Statistische Bundesamt also noch auf längere Zeit beschäftigen.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des wissenschaftlichen Kolloquiums zur Wohlfahrtsmessung am 11. und 12. November 2010 in Wiesbaden.





Im Interview: Prof. Jutta Allmendinger

Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

Frau Prof. Allmendinger, Sie sind Präsidentin eines großen sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums und lehren als Professorin für Soziologie an der Humboldt-Universität Berlin. Was sind für Sie die gesellschaftlich relevanten Themen der nächsten Jahre?

Die gesellschaftlich wichtigen Themen von morgen sind die brennenden Fragen von gestern. Nehmen Sie die demografische Entwicklung: Haben wir uns auf die im Schnitt viel ältere Bevölkerung vorbereitet und die Beziehung zwischen den Generationen durchdacht? Haben wir eine Kultur des sozialen Engagements aufgebaut und die Pflegesituation verbessert? Haben wir uns auf die schrumpfenden Bevölkerungszahlen vorbereitet? Die Integration von zugewanderten Mitbürgern in der Vergangenheit so vorgelebt, dass Ausländer gerne nach Deutschland kommen? Gestalten wir Arbeitsverhältnisse und -kulturen so, dass gerade unsere gut gebildeten Menschen Deutschland nicht so häufig wie im Moment verlassen? Wer kümmert sich um die Bildungsarmen? Wer gibt ihnen Ausbildungs- und Arbeitsplätze?

Wir wissen heute um die Erfolge der Bildungsexpansion, kennen aber auch die fortbestehenden Mängel des deutschen Bildungssystems. Faktoren wie die soziale Herkunft oder die ethnische Zugehörigkeit

bestimmen stärker als in vergleichbaren Ländern die zukünftigen Lebenschancen der Kinder. Es geht um viele Fragen der sozialen Gerechtigkeit.

Sie haben gerade ein Buch zu den Lebensläufen nicht erwerbstätiger Frauen veröffentlicht, in dem Sie auch auf die Daten des Statistischen Bundesamtes zurückgreifen.

Auch die Geschlechterfrage bleibt relevant. 5,6 Millionen Frauen im erwerbsfähigen Alter sind nicht erwerbstätig – die meisten von ihnen ungewollt. Das ist das Thema meines Buches „Verschenkte Potenziale? Lebensverläufe nicht erwerbstätiger Frauen“, das vor Kurzem erschienen ist.

Wie schätzen Sie die Datenverfügbarkeit zu den genannten Themen ein? Gibt es Bereiche, die aus Ihrer Sicht empirisch „unterbelichtet“ sind?

Der Bereich der Bildungsstatistik war über viele Jahre erheblich unterbelichtet und ist es zum Teil immer noch. Eine Ursache sind die Strukturen der föderalen Verantwortlich-

keit. Eine andere ist der gesetzlich vorgegebene Fokus der amtlichen Statistik auf den quantitativen und monetären Input in das Bildungssystem und weniger auf den eigentlich aufschlussreichen Output. Nur die im Bildungsverlauf erworbenen sozialen und kognitiven Fähigkeiten zeigen, ob sich eine Gesellschaft in die richtige Richtung entwickelt und sich die Lebensverhältnisse der Bürger verbessern. Die Bemühungen der OECD haben uns wichtige neue Einsichten ermöglicht. Aber in entscheidenden Fragen zu Bildungsverläufen sind wir weiterhin ohne fundierte empirische Antworten. Ich bin aber optimistisch, dass uns das so genannte Nationale Bildungspanel – die derzeit umfangreichste Erhebung in der deutschen Bildungs- und Sozialforschung – weiter bringt. Nahezu alle bildungsrelevanten Lebensphasen werden sehr detailliert und über eine lange Zeit nachgezeichnet: von der Kita über die Grundschule bis zur betrieblichen oder universitären Aus- und Weiterbildung. Nötig ist hier aber noch eine kräftige Aufstockung der Stichprobe von Menschen mit Migrationshintergrund, über die wir ja besonders



„Leider stellen die Medien häufiger die Ängste der Bürger als die Nützlichkeit des Zensus in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung.“

viel erfahren wollen. Und bedauerlich ist, dass die Daten aufgrund der Stichprobengröße nicht nach Bundesländern getrennt ausgewertet werden können, zumal gerade dieser Vergleich sehr interessant wäre. Insgesamt hat sich die Datenlage in den Sozialwissenschaften in den letzten Jahrzehnten aber deutlich verbessert.

Sie wurden 2009 für die öffentlichkeitswirksame Vermittlung Ihrer Forschungsarbeiten mit dem Communicator-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des Stifterverbandes ausgezeichnet. Warum ist es Ihnen so wichtig, Ihre Forschungsergebnisse in die breite Öffentlichkeit zu tragen?

Ein wesentliches Merkmal moderner demokratischer Gesellschaften ist, dass sich die Bürger selbstständig ein Urteil über den Zustand und die Entwicklung ihres Gemeinwohls machen können. Dafür brauchen wir allerdings belastbare Zahlen und Daten. Die kann und muss eine problemorientierte Sozialwissenschaft liefern. Unsere Fragen betreffen Probleme und Chancen moderner Gesellschaften, deshalb gehören die Antworten auch genau dorthin: in den breiten gesellschaftlichen Dialog und nicht nur in die fachwissenschaftliche Schublade. Im

Übrigen haben die Steuerzahler, die unsere Forschung finanzieren, auch das Recht zu wissen, was wir mit ihrem Geld eigentlich machen.

Wird in dieser Hinsicht von Wissenschaftlern und Datenproduzenten genug getan?

Es wird zweifellos viel getan. Die Einrichtung des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten und der erleichterte Zugang zu den Daten der Amtlichen Statistik durch die Forschungsdatenzentren sind wichtige Meilensteine. Aber ich denke, man kann noch mehr tun. Der Zensus 2011 – die wichtigste Erhebung der amtlichen Statistik seit über 20 Jahren – ist nach meiner Einschätzung bisher noch viel zu wenig in die Bevölkerung hinein kommuniziert worden. Leider stellen die Medien häufiger die Ängste der Bürger als die Nützlichkeit des Zensus in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung.

Was erhoffen Sie sich aus sozialwissenschaftlicher Sicht von den Ergebnissen des Zensus 2011?

Erstmal erhoffe ich mir, dass die Daten erfolgreich erhoben werden können. Dann haben wir endlich wieder amtlich festgestellte Bevölkerungszahlen, die für das Ver-

waltungshandeln absolut notwendig sind und als Bezugsrahmen für alle repräsentativen Stichproben der Sozialforschung eine entscheidende Rolle spielen.

Derzeit arbeiten das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und das Statistische Bundesamt an einer neuen Ausgabe des Datenreports, die im Oktober 2011 erscheint. Der Datenreport beschreibt seit mehr als 25 Jahren die Lebensbedingungen in Deutschland mit amtlichen und sozialwissenschaftlichen Daten und Indikatoren. Das Thema ist derzeit wieder en vogue: Expertenkommissionen weisen darauf hin, dass neben Wirtschaftsindikatoren auch Sozial- und Umweltindikatoren zur Messung gesellschaftlicher Entwicklung herangezogen werden sollen. Welche Bedeutung hat der Datenreport vor dem Hintergrund der Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi Kommission?

Die Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi Kommission sind im Kern nicht wirklich neu. Wolfgang Zapf, der frühere Präsident des WZB und geistiger Mitbegründer des Datenreports, hat schon 1972 alle wohlfahrtsrelevanten Aspekte jenseits des Bruttoinlandsprodukts benannt. Diese Fra-



gen werden nun in Wirtschaft und Politik (wieder) aufgegriffen. Fraktionsübergreifend wurde im November 2010 in den Deutschen Bundestag ein Antrag zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Weg zu nachhaltigem Wachstum und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ eingebracht. Mitte Dezember 2010 wurde unter dem Titel „Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem“ eine gemeinsame Expertise des französischen Conseil d'Analyse Économique und des deutschen Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Auftrag des Deutsch-Französischen Ministerrats vorgelegt. Das Thema Wohlfahrtsmessung steht nun auch auf der politischen Tagesordnung. Vermeintlich neue Forderungen sind nicht neu, sondern werden im Datenreport seit vielen Jahren empirisch zuverlässig beantwortet.

Es gibt im Datenreport immer häufiger Überschneidungen von Beiträgen der amtlichen Statistik und der sozialwissenschaftlichen Forschung. Ein Beispiel ist die Armutsberichterstattung. Für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wurden

beide Datenquellen herangezogen. Wäre es denkbar, zukünftig im Datenreport gemeinsam die Autorenschaft für solche Themen zu übernehmen?

Der Datenreport hat inzwischen einen langen Weg zurückgelegt. Erst in der neu konzipierten Auflage von 2008 wurde die strikte Zweiteilung des Berichtes in Statistik und Analyse aufgehoben, zugunsten einer thematisch orientierten Einteilung. Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler nutzen für die Abschnitte, die sie verfassen, relevante Daten der amtlichen Statistik. Berührungspunkte, so sie denn bestanden haben, sind abgebaut. Ich sehe also keine prinzipiellen Hindernisse, warum es in naher Zukunft keine gemeinsamen Autorenschaften geben sollte.

„Das Thema Wohlfahrtsmessung steht nun auch auf der politischen Tagesordnung. Vermeintlich neue Forderungen sind nicht neu, sondern werden im Datenreport seit vielen Jahren empirisch zuverlässig beantwortet.“



Prof. Jutta Allmendinger ist seit April 2007 Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung.

Sie ist Professorin für Bildungssoziologie und Arbeitsmarktforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin und berät als Mitglied verschiedener Expertenkommissionen die Bundesregierung in Fragen der sozialen Sicherung sowie Innovations- und Forschungspolitik.

Politikberatung

Drei Beispiele zeigen, wo und wie Ergebnisse und Datenanalysen des Statistischen Bundesamtes in die politische Arbeit und Willensbildung einfließen.



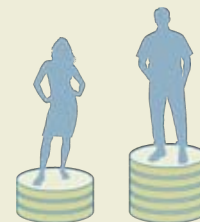
Nachhaltigkeit als Ziel: der Indikatorenbericht 2010

2002 verabschiedete die Bundesregierung eine nationale Strategie für nachhaltige Entwicklung. 2010 wurde zum dritten Mal der Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland vorgelegt.



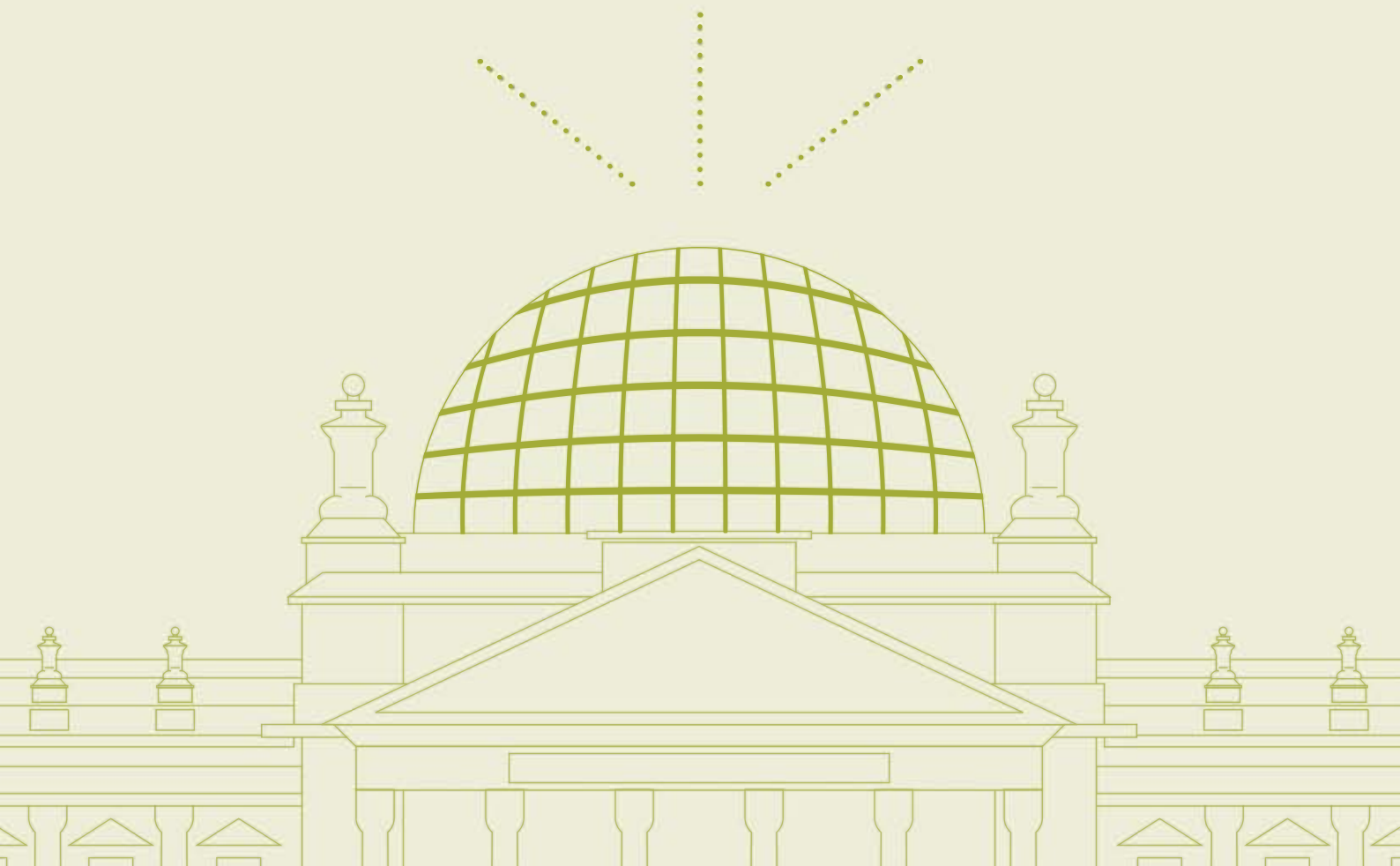
Im Kreis der Steuerschätzer

Zwei Mal im Jahr tagt ein Expertenkreis und schätzt die Steuereinnahmen Deutschlands für die kommenden Jahre. Das Statistische Bundesamt ist im Arbeitskreis Steuerschätzer vertreten.



Gender Pay Gap unter der Lupe

Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend untersuchte das Statistische Bundesamt die Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern. Das Projekt präsentiert aufschlussreiche Ergebnisse.





Nachhaltigkeit als Ziel: der Indikatorenbericht 2010

Die deutsche Bundesregierung hat 2002 eine nationale Strategie für nachhaltige Entwicklung ins Leben gerufen und als politisches Leitprinzip etabliert. Um die Wirksamkeit dieser Strategie – Erfolge wie auch Misserfolge – zu messen, wurden auf politischer Ebene Indikatoren ausgewählt und mit quantitativen Zielvorgaben versehen.

Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung – diese vier großen Themen bilden den Rahmen, um mit Hilfe von Indikatoren nachhaltige Entwicklungen in Deutschland zu beschreiben. Von Klimaschutz über wirtschaftlichen Wohlstand, Bildung oder Gleichberechtigung – die politischen Ziele werden alle zwei Jahre mit dem vorliegenden statistischen Material zum Ist-Zustand verglichen.

Die Berichterstattung über die Entwicklung der Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wurde dem Statistischen Bundesamt übertragen. Es stellt die meisten Indikatoren bereit, berät in methodischen Fragen und garantiert für die Neutralität der Berichterstattung. Die Aufgabe wird vom Bereich „Umweltökonomische Gesamtrechnungen“ wahrgenommen, die als Ergänzung zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entwickelt wurden. Etwa ein Drittel der Indikatoren fließen aus den Umweltökonomischen und Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein und sind damit in ein konsistentes Datensystem eingebettet, das auch eine integrierte Analyse von Umwelt- und Wirtschaftsdaten ermöglicht.

Mit dem Indikatorenbericht 2010 wurde zum dritten Mal eine Bestandsaufnahme zur Situation und Entwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren vorgelegt. „Mit seinen unabhängigen und qualitativ hochwertigen Analysen im Rahmen der Indikatorenberichte leistet das Bundesamt einen wertvollen Beitrag zu einer glaubwürdigen und nachvollziehbaren Überprüfung der Nachhaltigkeitsstrategie. Der Bericht ist uns Ansporn, bei unseren Anstrengungen zur

Umsetzung der Strategie nicht nachzulassen“, so Bundesminister Pofalla bei der Übergabe.

Die Resonanz auf den Indikatorenbericht ist groß, da auf dieser Grundlage Entscheidungsträger und Administration auf Bundesebene (Bundeskanzleramt, Ressorts, Parlament) die Fortschritte bei der Nachhaltigkeitsstrategie beobachten. Auch Verbände, Medien und natürlich die Öffentlichkeit zeigen großes Interesse. Ebenso werden die Ergebnisse international, beispielsweise im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie der EU oder von der Europäischen Umweltagentur, nachgefragt.

Positive oder negative Entwicklungen der einzelnen Indikatoren werden durch die Verwendung von Wettersymbolen plakativ visualisiert und damit einfacher kommuniziert. Der Indikatorenbericht 2010 zeigt, dass sich über die Hälfte der Indikatoren im Hinblick auf ihre Zielerreichung günstig entwickelten: Von 35 Indikatoren erhielten 14 das Wettersymbol „sonnig“ und fünf weitere das Symbol „leicht bewölkt“. Zehn Indikatoren dagegen zeigten sich „bewölkt“. Sie entwickelten sich zwar ebenfalls noch in die gewünschte Richtung, bei gleichbleibender Entwicklung würden ihnen im Zieljahr aber noch mehr als 20% der Strecke bis zum gesetzten Ziel fehlen. Für sechs Indikatoren standen die Zeichen auf „Gewitter“: Die Entwicklung für die Indikatoren *Artenvielfalt* und *Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern* stagnierte in den letzten Jahren weitgehend und das *Staatsdefizit* überschritt einen vorgegebenen Grenzwert. Die Indikatoren *Gütertransportintensität*, *Anteil der Binnenschifffahrt an der Gütertransportleistung* und *Anteil der Fettleibigen* entfernten sich sogar vom angestrebten Ziel.

Der nächste Indikatorenbericht Nachhaltige Entwicklung in Deutschland erscheint 2012, rechtzeitig zur Weltkonferenz der Vereinten Nationen zur nachhaltigen Entwicklung und nach 20 Jahren wieder in Rio de Janeiro.



Im Kreis der Steuerschätzer

Seit die nationale Schuldenbremse in das Grundgesetz eingeführt wurde, wird eine Zahl in Deutschland mit noch größerer Spannung erwartet: die Höhe der Steuereinnahmen. Im Mai eines jeden Jahres wird die „große Steuerschätzung“ vorgenommen, das erwartete Steueraufkommen für das laufende und nächste Jahr prognostiziert. Im November wird erneut geschätzt, um getroffene Prognosen gegebenenfalls zu korrigieren, denn gesamtwirtschaftliche Entwicklungen und Rechtsänderungen erschweren die Voraussagen. Die Prognosen bilden den Rahmen für die Haushaltsplanungen in Bund, Ländern und Gemeinden und sind für deren Finanzpolitik von besonderer Bedeutung. Seit dem Jahr 2011 werden Bund und Ländern verbindliche Vorgaben zur Reduzierung des Haushaltsdefizits gemacht.

Die Schätzung der Steuereinnahmen ist das zentrale Ergebnis des Arbeitskreises Steuerschätzung. Dem Arbeitskreis gehören Finanzexperten aus Bund, Ländern, Kommunen, die fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute, das Statistische Bundesamt, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und die Bundesbank an. Sie bilden einen unabhängigen Beirat, der beim Bundesministerium der Finanzen angesiedelt ist. Die Zusammensetzung sichert die Unabhängigkeit des Gremiums. Acht Mitglieder erstellen unabhängig voneinander eigene Schätzvorschläge über das voraussichtliche Aufkommen für jede Einzelsteuer. In Deutschland wird die Prognose für 32 Steuerarten aufgegliedert.

Ausgangspunkt hierfür sind die Projektionen der Bundesregierung zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf der Grundlage des Bruttoinlandsproduktes und seiner wichtigsten Komponenten: Arbeitnehmerentgelt, Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, Konsum. Die aktuellen Entwicklungen zu diesen Größen liefert das Statistische Bundesamt. Eine weitere wichtige Aufgabe sind konzeptionelle Erläuterungen, wie sozialrechtliche und

finanzwirtschaftliche Vorgänge gebucht werden. Neue Gesetze und Gerichtsurteile werden beispielsweise daraufhin überprüft, wie sie sich auf die relevanten Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auswirken könnten.

Durch die Mitgliedschaft kann das Statistische Bundesamt zur Kohärenz und Transparenz der Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzung beitragen. Liegen die verschiedenen Schätzungen der Mitglieder vor, wird im Arbeitskreis jede Steuerart intensiv diskutiert bis ein Konsens erreicht wird, der von allen mitgetragen werden kann. Nur dann werden die Ergebnisse kommuniziert.

Die Ergebnisse der Steuerschätzung im Mai eines Jahres sind Grundlage für den Haushaltsentwurf des Folgejahres, für die jährliche Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung und für die Abstimmung der Finanzplanung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden im Arbeitskreis Stabilitätsrat. Der Stabilitätsrat, der seit Anfang 2010 den Finanzplanungsrat ersetzt hat, ist zuständig für die Überwachung der Haushalte des Bundes und der einzelnen Länder, um eventuell drohende Haushaltsnotlagen frühzeitig zu erkennen und durch Sanierungsverfahren gegensteuern zu können.

Im internationalen Kontext wird die Prognosequalität der deutschen Steuerschätzung relativ gut bewertet, so eine Studie des ifo-Institutes 2008. Die Treffsicherheit der Prognosen hängt demnach davon ab, wie unabhängig die Steuerschätzung vorgenommen wird.



Gender Pay Gap unter der Lupe

Das Grundgesetz sieht in Art. 3 die Gleichberechtigung von Männern und Frauen vor. Ein wichtiger Indikator im Rahmen der Gleichstellungsdiskussion ist dabei der Verdienstunterschied, der so genannte Gender Pay Gap. In Deutschland beträgt er 23% und ist somit höher als in den meisten EU-Staaten. Die Bundesregierung sieht daher Handlungsbedarf und hat sich zum Ziel gesetzt, den Lohnabstand von Männern und Frauen bis zum Jahr 2020 auf 10% zu verringern.

Auch die Diskussion um eine Frauenquote für Führungspositionen steht in Zusammenhang mit dem geschlechtsspezifischen Verdienstunterschied. Sind Arbeitnehmerinnen auf den oberen Stufen der Karriereleiter unterrepräsentiert, wirkt sich dies negativ auf den Durchschnittsverdienst weiblicher Beschäftigter aus.

Zur Berechnung geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede stehen zwei Indikatoren mit unterschiedlicher Intention zur Verfügung: Während der *bereinigte Gender Pay Gap* den Verdienstabstand von Männern und Frauen mit vergleichbaren Qualifikationen, Tätigkeiten und Erwerbsbiographien misst, wird beim *unbereinigten Gender Pay Gap* der Durchschnittsverdienst aller Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen in allgemeiner Form miteinander verglichen. Auf diese Weise erfasst der unbereinigte Gender Pay Gap auch den Teil des Verdienstunterschieds, der durch schlechtere Zugangschancen von Frauen hinsichtlich bestimmter Berufe oder Karriere-stufen verursacht wird, die möglicherweise ebenfalls das Ergebnis benachteiligender Strukturen sind.

Während das Statistische Bundesamt und auch Eurostat jährlich Zahlen zum unbereinigten Gender Pay Gap veröffentlichen, stand bislang die Berechnung des bereinigten Gender Pay Gap sowie eine detaillierte Ursachenanalyse auf Basis aktueller Daten der amtlichen Statistik aus. Ziel eines im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführten

Projektes bestand darin, diese Erkenntnislücke zu schließen. Als Datengrundlage diente die in mehrjährigen Abständen durchgeführte Verdienststrukturerhebung.

In den vergangenen Jahren lag der unbereinigte Gender Pay Gap in Deutschland konstant bei 23%, das heißt der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen fiel um 23% geringer aus als der von Männern. Die wichtigsten messbaren Ursachen hierfür sind Unterschiede in der Berufs- und Branchenwahl sowie ungleich verteilte Arbeitsplatzanforderungen hinsichtlich Führung und Qualifikation. So lässt sich beobachten, dass Arbeitnehmerinnen verglichen mit Arbeitnehmern eher Tätigkeiten nachgehen, die mit tendenziell geringeren Verdienstmöglichkeiten und Anforderungen verbunden sind. Schließlich trägt auch der höhere Anteil von Frauen in geringfügigen Beschäftigungen zum unbereinigten Gender Pay Gap bei. Nur ein geringer Teil des Verdienstabstands kann hingegen auf Unterschiede im Bildungsniveau zurückgeführt werden. Statistisch können rund zwei Drittel des unbereinigten Gender Pay Gap erklärt werden: Einmal durch die genannten Faktoren, sowie durch weitere, beispielsweise das Dienstalder oder den Beschäftigungsumfang.

Der bereinigte Gender Pay Gap liegt in Deutschland demnach bei etwa 8%. Dies bedeutet, dass im Durchschnitt Arbeitnehmerinnen auch unter der Voraussetzung, dass Männer und Frauen eine vergleichbare Tätigkeit ausüben und über eine äquivalente Qualifikation verfügen, pro Stunde 8% weniger als Männer verdienen.

Im Kundenprofil: die Fraunhofer-Gesellschaft

Die Fraunhofer-Gesellschaft ist die führende Organisation für angewandte Forschung in Europa. Berührungspunkte zum Statistischen Bundesamt gibt es viele. An welchen Themen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten und wo sie Daten des Statistischen Bundesamtes nutzen, zeigt ein Ausschnitt.



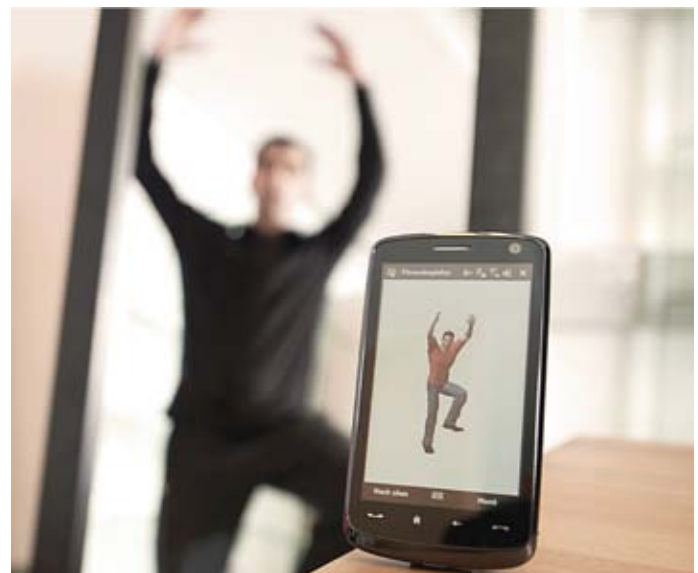
Mit einem Anteil von 20% lebten und arbeiteten 2009 die meisten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Europas in Deutschland, so die Angaben von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union. Unter dem Dach der Fraunhofer-Gesellschaft arbeiten 60 Institute an über 40 Standorten in ganz Deutschland. Rund 18 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erzielen ein jährliches Forschungsvolumen von 1,65 Milliarden Euro. Davon erwirtschaftet die Fraunhofer-Gesellschaft rund zwei Drittel aus Aufträgen der Industrie und öffentlich finanzierten Forschungsprojekten. Die internationale Zusammenarbeit wird durch Niederlassungen in Europa, in den USA und in Asien gefördert. Vor allem kleinen und mittleren Unternehmen soll dadurch der Zugriff auf Spitzenforschung ermöglicht werden.

Die Forschungsfelder richten sich auf den unmittelbaren Nutzen für Gesellschaft und Unternehmen, die Bedürfnisse der Menschen stehen im Mittelpunkt.

Gesundheit, Sicherheit, Kommunikation, Mobilität, Energie und Umwelt – das sind die Megathemen für die Forschung im 21. Jahrhundert. Hintergrund sind weltweite Entwicklungen in Bevölkerung, Natur und Umwelt: der Trend zur Urbanisierung und Verstädterung, der steigende Energieverbrauch bei gleichzeitiger Ressourcenverknappung und der Klimawandel. Eine ganze Reihe an Aktivitäten sind bei Fraunhofer thematisch an den demografischen Wandel und die Veränderung der Altersstruktur in der Bevölkerung angelehnt.

Age-Management in Unternehmen

In Europa ist die älter werdende Gesellschaft zur Realität geworden, und damit zu einer Herausforderung für die Forschung. Die Arbeitswissenschaften beschäftigen sich beispielsweise mit älter werdenden Belegschaften und entwickeln Konzepte für eine altersgerechte Arbeits- und Personalpolitik. „Age-Management“ nennt das



Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO sein Konzept für Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit im Alter. Denn ab 2020 wird jeder dritte Erwerbstätige über 50 Jahre alt sein.

Wie sich ein regional wirksamer Mangel an Fachkräften und die insgesamt alternde Belegschaft auf Arbeitsprozesse in Unternehmen auswirken, untersucht das Fraunhofer IAO seit über zehn Jahren, unter anderem mit den Daten des Statistischen Bundesamtes. Forschungsergebnisse zeigen dabei, dass Innovation und Leistung weniger vom biologischen Alter abhängen, wenn die Rahmenbedingungen in Unternehmen optimiert werden: Gesundheitsmanagement, Arbeitsplatzgestaltung, Qualifizierung und eine aktivierende Unternehmenskultur spielen eine zentrale Rolle.



Selbstbestimmt zu Hause leben

Ein langes, selbstbestimmtes Leben zu Hause leben zu können – das ist eines von insgesamt zwölf Fraunhofer Zukunftsthemen. Ausgangspunkt ist der Wunsch vieler Menschen, zu Hause älter werden zu können, auch mit chronischen oder längeren Krankheiten. Auch der steigende Kostendruck im Gesundheitswesen und der Fachkräftemangel im Pflegebereich lassen es erforderlich erscheinen, nach neuen, ganzheitlichen Systemlösungen zu suchen. Der Fachkräftemangel im Pflegebereich wurde mit Hilfe der Daten aus dem Mikrozensus ermittelt und bis zum Jahr 2025 projiziert – in gemeinschaftlicher Arbeit mit dem Statistischen Bundesamt, dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und dem Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik FIT. Kommunikative Systeme, die älteren Menschen das Leben zu Hause erleichtern sind gefragt. Aktuell zeigt die Fraunhofer-Gesellschaft, wie eine ganzheitliche medizinische Versorgungskette für die Patientenversorgung zu Hause funktionieren könnte. „Assisted Personal Health“, mit Zukunftstechnologie und digitaler Unterstützung, z. B. bei der Medikamentenversorgung oder der Überwachung der Herz-Kreislauf-Funktionen. Daran arbeitet aktuell das Fraunhofer-Institut für graphische Datenverarbeitung IGD.

Mikroorganismen im Abwassersystem

Der demografische Wandel hat vielfältige Auswirkungen auf raumbezogene Infrastrukturen. Mit den Auswirkungen zurückgehender Einwohnerzahlen wird beispielsweise ein geringerer Wasserverbrauch erwartet, der durchaus positiv bewertet wird. Das geringere Volumen an Wasser verändert aber die Auslastung der Abwassersysteme. Die Kanalrohre werden nicht mehr genug durchspült, Geruchsbelastungen entstehen und es kann zu verstärkter, durch Mikroorganismen verursachte Korrosion im Kanalsystem kommen. Damit beschäftigt sich das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI. Hier werden auch die Folgen für die Ökonomie betrachtet, denn das Infrastruktursystem muss erhalten und saniert werden, während die Verbrauchszahlen kontinuierlich abnehmen. Die Strukturdaten zu diesen Untersuchungen werden u. a. vom Statistischen Bundesamt geliefert. Das Fraunhofer-Institut für Umwelt-Sicherheit- und Energietechnik, Fraunhofer UMSICHT, entwickelt Verfahren, mit denen Werkstoffe hinsichtlich der chemischen und mikrobiologischen Korrosionsprozesse zeitge-
rafft geprüft werden können.

Reformen und Gesetze

Was kostet eine Reform und was bringt sie den Bürgern? Welche Auswirkungen hat die Einführung des Elterngeldes oder die Veränderung von Kinderfreibeträgen? Welche Haushalte profitieren, welche eher nicht?

An der Beantwortung dieser Fragen arbeitet das Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik FIT. Die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen helfen mit ihren Analysen, die Folgen von Gesetzesvorhaben oder Reformen abzuschätzen, meist im Auftrag verschiedener Bundesministerien. Die Grundlage für ihre Arbeiten sind Mikrodaten des Statistischen Bundesamtes, beispielsweise aus dem Mikrozensus oder der Einkommens- und Verbraucherstichprobe.

Für die Folgenabschätzung einer Maßnahme entwickelten die Forscher Mikrosimulationsmodelle. Mit Hilfe dieser Modelle kann beispielsweise errechnet werden, wie sich die Erhöhung des Kinderfreibetrages bei verschiedenen Familientypen auswirkt – und am Ende auch, wie hoch der Steuerausfall insgesamt sein wird. Bei vielen politischen Vorhaben wurden die Berechnungen der Forschungsgruppe MIKMOD aus dem Fraunhofer FIT bereits einbezogen. So konzipierte das Forschungsteam ein Modell für die später eingeführte BAföG-Reform.

Wie wirken Steuern? Die Auswirkungen der Ökosteuerreform beispielsweise wurde bereits vor mehr als zehn Jahren untersucht – die Unternehmen profitierten, die Haushalte gehörten zu den Nettozahlern, so die damaligen Ergebnisse.

Für das Bundesministerium der Finanzen (BMF) betreibt das Fraunhofer FIT ein Modell, das Auswirkungen und Effekte steuerlicher Änderungen für das gesamte Einkommensteuersystem untersucht. Grundlage dafür ist eine Stichprobe der Einkommensteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes. Aktuell werden familienpolitische Themen ins Visier genommen. So wird untersucht, welche Effekte Reformen im Rahmen des Familienlastenausgleichs haben könnten, beispielsweise beim Ehegattensplitting oder bei Einführung eines Familiensplittings.

Die computergestützte Gesetzesfolgenabschätzung ist in den letzten Jahren immer wichtiger geworden. Rechtliche Änderungen, demografischer Wandel, Steuerausfälle oder Steuerzuwächse sind in ihren Wechselwirkungen hoch komplex. Mithilfe der Fraunhofer-Forschung können die beeinflussenden Komponenten im Computer verändert und ihre Auswirkungen ermittelt werden, bevor Fakten geschaffen werden.

Haushalt

Das Statistische Bundesamt ist eine obere Bundesbehörde, die zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Inneren gehört. Die Haushaltsmittel für das Jahr 2010 in Höhe von 177,7 Millionen Euro entsprachen einem Anteil von 3,3% am Gesamthaushalt des Innenministeriums.

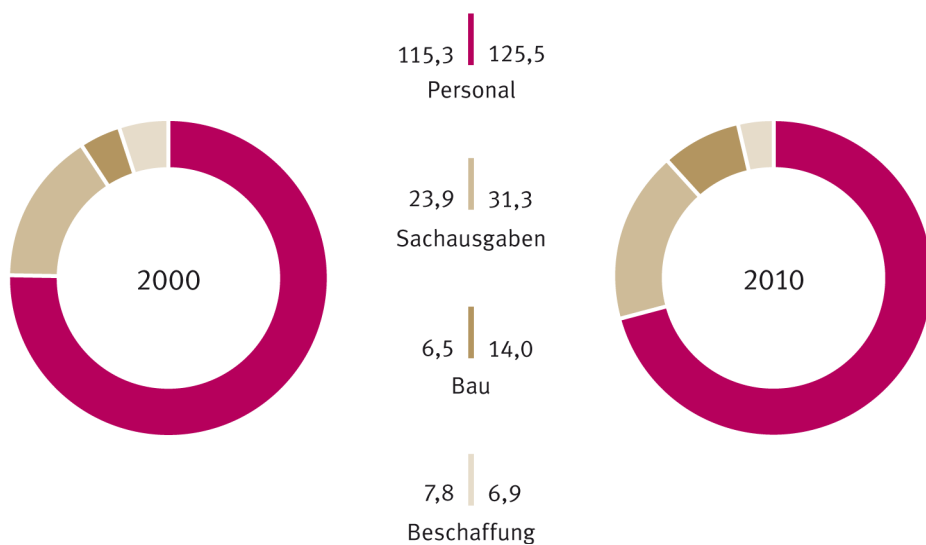


Das Erstellen und Aufbereiten von Statistiken sowie die Verbreitung statistischer Ergebnisse sind auch bei zunehmendem Einsatz von Informationstechnik eine personalintensive Aufgabe. Der größte Kostenblock beim Statistischen Bundesamt sind daher traditionell die Personalausgaben: Im Jahr 2010 entfielen 71% der veranschlagten Ausgaben auf den Personalbereich. Wesentlich geringere Anteile am Haushalt verzeichneten die sächlichen Verwaltungsausgaben mit 17% sowie die Bau- und Beschaffungsinvestitionen mit zusammen 12%.

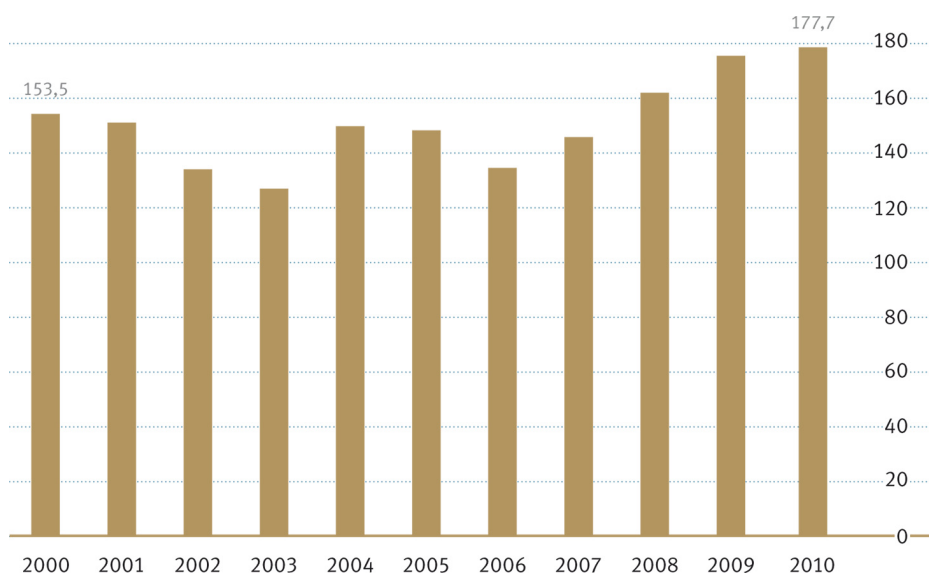
Der Finanzplan sah 2010 für das Statistische Bundesamt Finanzmittel in Höhe von rund 179,5 Millionen Euro vor. Der Ansatz lag damit zunächst rund 4,8 Millionen Euro höher als im Vorjahr. Die Steigerung beruhte auf dem Anstieg der Baukosten für die Gesamtanierung des Dienstgebäudes in Wiesbaden sowie der Sach- und IT-Kosten für den Zensus 2011. Im Rahmen der Haus-

haltskonsolidierung der Bundesregierung in Folge der Finanzkrise und der Erfüllung der Vorgaben zur Schuldenbremse, wurden die ursprünglich für 2010 vorgesehenen Mittel des Statistischen Bundesamtes auf 177,7 Millionen Euro gekürzt, Darüber hinaus hatte das Statistische Bundesamt im laufenden Haushaltsjahr 2010 zusätzliche Einsparungen in Höhe von 14,9 Millionen Euro sowie Stelleneinsparungen im Gegenwert von 1,3 Millionen Euro Personalkosten (ca. 25 Stellen) zu erbringen.

Veranschlagte Ausgaben des Statistischen Bundesamtes 2000 und 2010 in Millionen Euro

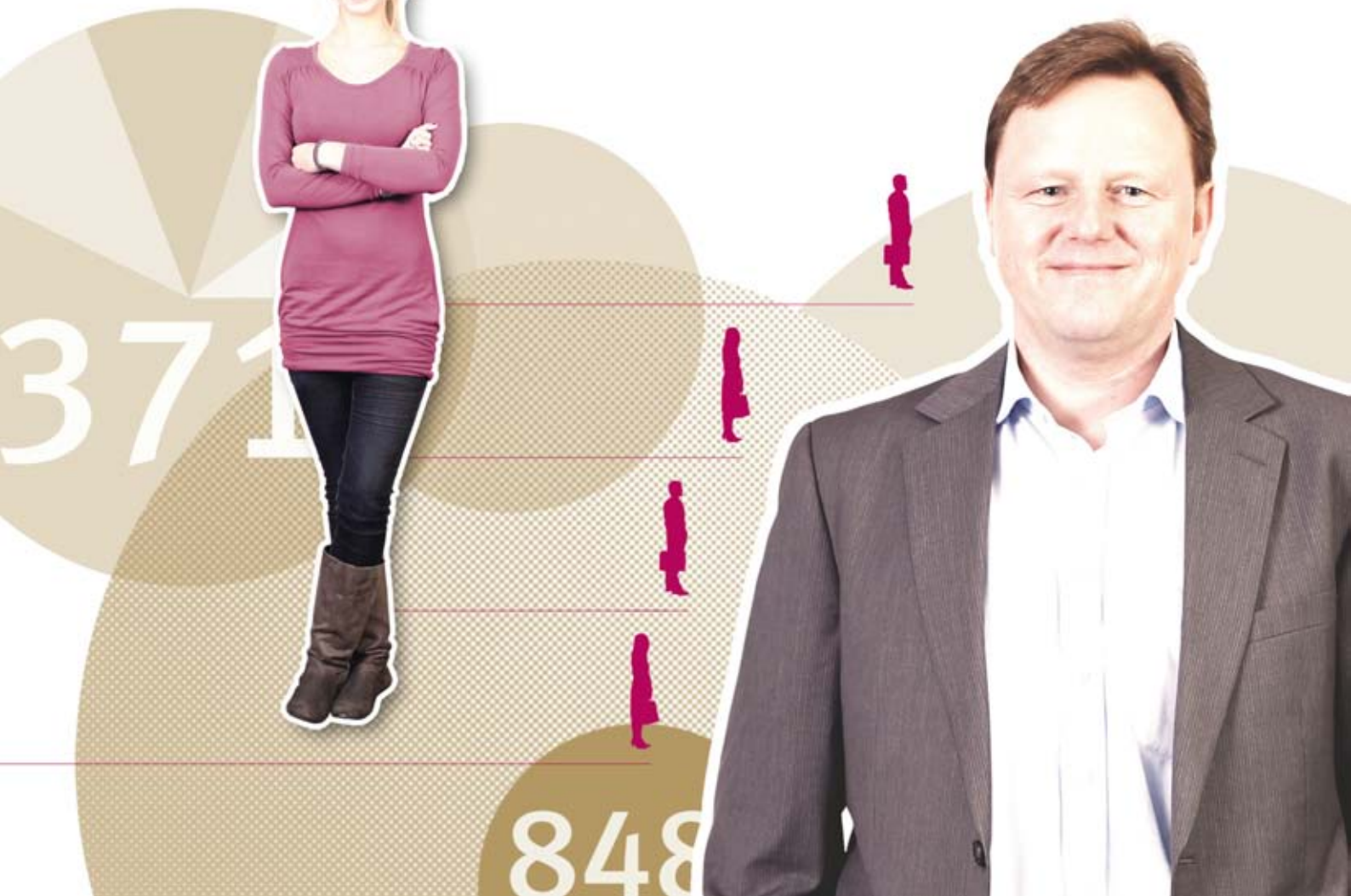


Veranschlagter Haushalt des Statistischen Bundesamtes in Millionen Euro



Personal

Das Statistische Bundesamt beschäftigte im Dezember 2010 insgesamt 2 689 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den drei Standorten Wiesbaden, Bonn und Berlin.



Was hat sich im Hinblick auf die Personalstruktur in den letzten zehn Jahren verändert? Die Beschäftigtenstruktur spiegelt eine Entwicklung wieder, die in vielen Bereichen der Arbeitswelt Realität geworden ist: Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist gesunken, der Durchschnittsbeschäftigte ist höher qualifiziert und älter als vor zehn Jahren.

Die Tarifbeschäftigten stellen mit einem prozentualen Anteil von 71 % den größten Teil der Beschäftigten. Der Anteil der Beamtinnen und Beamten lag bei 25 %. Weitere 4 % der Beschäftigten waren in Ausbildung.

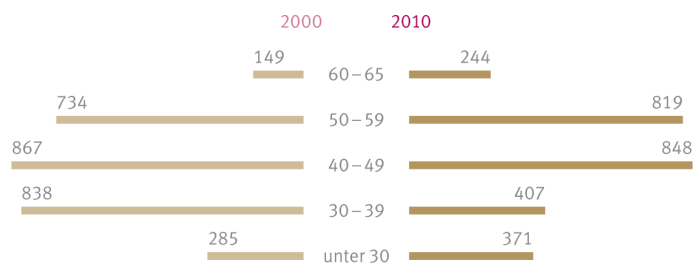
Der Personalbestand hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre insgesamt um 6 % verringert. Von diesem Rückgang waren nicht alle Laufbahngruppen gleichermaßen betroffen. Seit einigen Jahren werden immer mehr Anforderungen mit wissenschaftlichem Charakter an das Statistische Bundesamt gestellt. Ziel des Hauses ist es, die Stellenstruktur diesem Aufgabenwandel sukzessive anzupassen und das Qualifikationsniveau der Beschäftigten zu erhöhen. Entsprechend hat sich der Anteil des Personals im höheren Dienst an allen Beschäftigten in den letzten zehn Jahren von 11 % auf 18 % erhöht. Die Stellen des mittleren Dienstes wurden im gleichen Zeitraum abgebaut, so dass ihr Anteil an der Belegschaft von 52 % im Jahr 2000 auf 40 % im Jahr 2010 sank.

Auch die Altersstruktur der Beschäftigten hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre verändert: Ende des Jahres 2010 waren 29 % aller Beschäftigten jünger als 40 Jahre. Dieser Anteil lag Ende 2000 noch bei 39 %. Entsprechend hat sich der Anteil der Beschäftigten ab 40 Jahren und älter um zehn Prozentpunkte von 61 % auf 71 % erhöht.

Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten lag Ende 2010 bei 21 % (ohne Altersteilzeit), dieser Anteil blieb innerhalb der letzten zehn Jahre nahezu unverändert.

Das Statistische Bundesamt bietet Ausbildungsplätze für verschiedene Berufe an: die Ausbildung zur/zum Fachangestellten für Bürokommunikation, zur/zum Fachangestellten für Markt- und Sozialforschung oder zur Fachinformatikerin/zum Fachinformatiker. Im Dezember 2010 befanden sich 109 junge Menschen in einem Ausbildungsverhältnis.

Beschäftigte nach Altersklassen im Zehnjahresvergleich



Beschäftigte und Mitarbeiterkapazitäten (MAK) nach Laufbahngruppen und Geschlecht

Laufbahngruppen		Insgesamt	Männer	Frauen
Höherer Dienst	Beschäftigte	486	278	208
	MAK	438,9	259,6	179,3
Gehobener Dienst	Beschäftigte	962	484	478
	MAK	869,7	471,3	398,4
Mittlerer Dienst	Beschäftigte	1 186	383	803
	MAK	818,7	307,6	511,1
Einfacher Dienst	Beschäftigte	55	37	18
	MAK	48,2	34,5	13,7
Insgesamt	Beschäftigte	2 689	1 182	1 507
	MAK	2 175,5	1 073,0	1 102,5

Mitarbeiterkapazitäten ohne Auszubildende und Nicht-Aktive (z. B. Beurlaubte, Abgedenete, Freistellungsphase Altersteilzeit), Stand: Dezember 2010.



Gleichstellung

Ziel des Bundesgleichstellungsgesetzes vom 1. Dezember 2001 ist es, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Bundes zu erreichen. 56 % der Beschäftigten im Statistischen Bundesamt sind weiblich. Dennoch sind Frauen in Spitzenpositionen des gehobenen und höheren Dienstes immer noch deutlich unterrepräsentiert.

Seit der Veröffentlichung des ersten Gleichstellungsplans für die Jahre 2004 bis 2007 hat sich der Frauenanteil im höheren Dienst und bei den Hauptsachbearbeitungen im gehobenen Dienst zum Teil deutlich erhöht. Der Gleichstellungsplan für die Jahre 2008 bis 2011 soll dazu beitragen, die Präsenz von Frauen in den Funktionen des gehobenen und höheren Dienstes weiter zu steigern.

Das Statistische Bundesamt als familienfreundlicher Arbeitgeber

Ein grundlegender Aspekt für die Wahl ihres Arbeitgebers ist für viele Männer und Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das Statistische Bundesamt bietet seinen Beschäftigten verschiedene Arbeitsmodelle, um die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und familiären Pflichten zu verbessern.

... 570 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren 2010 in Teilzeit beschäftigt, das waren rund 21 % der Belegschaft.

... Die Zahl der Telearbeitsplätze erhöhte sich 2010 von 142 auf 167.

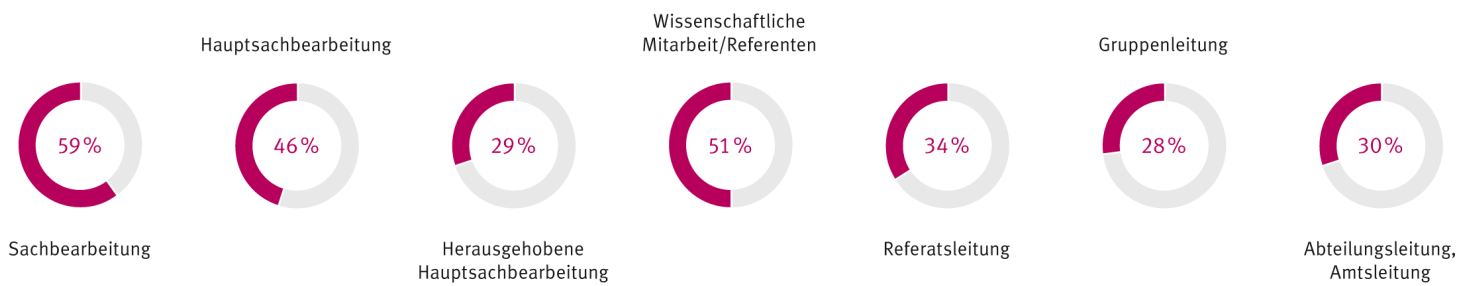
Trotz der positiven Entwicklungen der letzten Jahre waren Frauen 2010 in den Spitzenpositionen des höheren Dienstes und bei Referatsleitungen immer noch deutlich unterrepräsentiert. Im gehobenen Dienst waren sie bei den herausgehobenen Hauptsachbearbeitungen deutlich in der Minderheit.

... Eltern-Kind-Zimmer an allen Standorten können genutzt werden, wenn z. B. die Kita unerwartet schließt oder keine Betreuung für das Kind vorhanden ist.

... Keine zeitraubende Parkplatzsuche für Beschäftigte mit besonderen Betreuungspflichten: Um Mütter und Väter mit Kleinkindern und Beschäftigte mit pflegebedürftigen Angehörigen zu entlasten, wurde 2010 erstmals ein Kontingent an Familienparkplätzen direkt vor dem Haupthaus in Wiesbaden eingerichtet.



Frauenanteile nach Funktionen im gehobenen und höheren Dienst

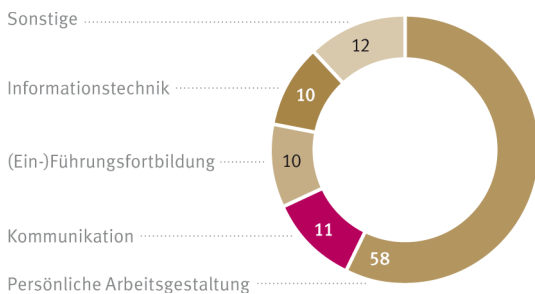


Stand: Dezember 2010.

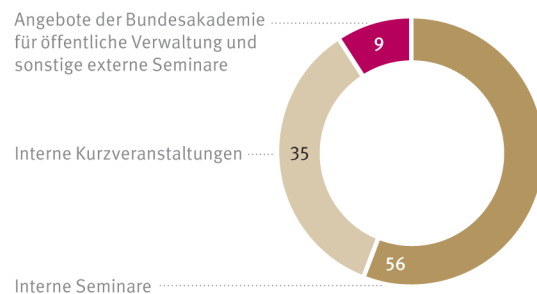
Fortbildung

Regelmäßige Fortbildung der Beschäftigten ist fester Bestandteil der strategischen Ziele des Statistischen Bundesamtes. Ein laufend aktualisiertes Fortbildungsprogramm unterstützt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei, ihre Qualifikation und Kompetenz im Zuge des technischen Fortschritts oder zur Vorbereitung auf neue Tätigkeiten zu erweitern.

Teilnahme an interner Fortbildung nach Themen 2010 in Prozent



Teilnahme an Fortbildungsangeboten 2010 in Prozent



Neu eingestellte Kolleginnen und Kollegen lernen in der Einführungsfortbildung die amtliche Statistik und das Statische Bundesamt als Organisation kennen. Führungskräfte erlernen Techniken zur kooperativen und motivierenden Mitarbeiterführung. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in international ausgerichteten Bereichen optimieren durch Sprachfortbildung ihre Englischkenntnisse. Das Statische Bundesamt kooperiert in der Fachfortbildung mit allen Statistischen Landesämtern und ist Standortpartner der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung.

Interne Angebote

Insgesamt fanden 262 interne Seminare mit insgesamt gut 3000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.

Rund 1900 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben an internen Kurzveranstaltungen zu aktuellen Fachthemen teilgenommen. Interne Kurzveranstaltungen werden überwiegend von Dozentinnen und Dozenten aus dem Statistischen Bundesamt angeboten. Die Länge dieser Veranstaltungen bewegt sich zwischen zwei und sechs Stunden.

Jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin hat durchschnittlich 2,8 Tage an hauseigenen und externen Fortbildungsmaßnahmen teilgenommen.

Externe Angebote

Fortbildungsangebote der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung und anderer externer Stellen wurden rund 500-Mal wahrgenommen.

Sicher gewinnt: Fortbildung zur Informationssicherheit

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes nehmen 2010 und 2011 an der Fortbildungsveranstaltung „Informationssicherheit am Arbeitsplatz“ teil, die im Rahmen der Initiative der Bundesregierung „Sicher gewinnt!“ von der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung angeboten wird.

Für Menschen, die im Rahmen von statistischen Erhebungen wie z.B. beim Zensus Auskunft geben, ist der Schutz von personenbezogenen Daten von großer Bedeutung.

Damit die Vertraulichkeit gewahrt bleibt, müssen zahlreiche organisatorische, personelle und technische Maßnahmen getroffen werden, die sich nach den Standards des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) richten.

Eine professionelle Sicherheitssensibilisierung trägt dazu bei, dass jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin durch verantwortungsvollen Umgang mit schutzbedürftigen Daten zur Erfüllung der Sicherheitsziele beitragen kann.



INFORMATIONSSICHERHEIT 



Sport und Gesundheit

Gesunde und leistungsfähige Beschäftigte sind unverzichtbar für eine zukunftsorientierte und innovative Verwaltung – insbesondere vor dem Hintergrund des bevorstehenden demografischen Wandels in der Beschäftigtenstruktur.

Betriebssport im Statistischen Bundesamt

Sportart	Personen
Tischtennis	48
Fußball Wiesbaden (Feld)	11
Fußball Wiesbaden (Halle)	18
Fußball Bonn	40
Lauftreff	13
Bowling	8
Volleyball	30
Basketball	27
Badminton	8
Badminton Bonn	10
Drachenboot	20
Chase-Lauf	28
Firmenlauf Bonn	42
Insgesamt	303

Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzten den Gesundheitstag im Foyer des Haupthauses, um sich an den Aktionsständen verschiedener Anbieter zu informieren.



„Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts“

Arthur Schopenhauer

Ausgewählte Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Sozialberatung 2010

Die Gesundheitsförderung des Statistischen Bundesamtes verfolgt zwei Strategien:

Präventive Strategie

Beschäftigte, die gesund und motiviert sind, bilden das Rückgrat des Statistischen Bundesamtes. Sie sichern die Qualität der Arbeitsergebnisse und damit den Erfolg des Hauses. Ihre Gesundheit zu erhalten, ist das wichtigste Ziel der betrieblichen Gesundheitsförderung.

Korrektive Strategie

Beschäftigten die krank sind oder Probleme am Arbeitsplatz haben, bieten wir die Möglichkeit der Sozialberatung an und machen Angebote zur Selbsthilfe.

- Gesundheitstag mit zahlreichen Aktionen
- Kurzveranstaltungen zu Gesundheitsthemen
- Unterstützung der Betriebssportgruppen
- Rückenschule
- Gripeschutzimpfungen
- Stoffwechselcheck
- Hautuntersuchung
- Lungenfunktionstest
- Bereitstellung von Defibrillatoren
- Eingliederungsmanagement (§ 84 Abs. 2 SGB IX)
- Sozialberatung

Leitung





Roderich Egeler
Präsident und Bundeswahlleiter



Peter Weigl
Vizepräsident, stellvertretender Bundeswahlleiter



Jürgen Chlumsky
Verwaltung, Bürokratiekostenmessung



Dr. Roland GROSS
Unternehmensregister, Verdienste, Industrie, Dienstleistungen



Sibylle von Oppeln-Bronikowski
Strategie und Planung, internationale Beziehungen,
Forschung und Kommunikation



Dr. Sabine Bechtold
Bevölkerung, Zensus, Finanzen und Steuern



Dieter Sarreither
Informationstechnik, Mathematisch-statistische Methoden



Hannelore Pöschl
Landwirtschaft, Umwelt, Außenhandel, Leitung der
Zweigstelle Bonn



Wolfgang Strohm
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt, Preise



Karl Müller
Gesundheit, Soziales, Bildung, Private Haushalte

Kontakt

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
www.destatis.de

Zweigstelle Bonn
Graurheindorfer Strasse 198
53177 Bonn

Allgemeiner Informationsservice
www.destatis.de/kontakt
Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05
Telefax: +49 (0) 611 / 75 33 30
Montag bis Donnerstag 8 bis 17 Uhr und Freitag 8 bis 15 Uhr

Pressestelle und journalistischer Informationsservice
presse@destatis.de
Telefon: +49 (0) 611 / 75 34 44
Telefax: +49 (0) 611 / 75 39 76
Montag bis Donnerstag 8 bis 17 Uhr und Freitag 8 bis 15 Uhr

i-Punkt Berlin
Friedrichstrasse 50-55 (Checkpoint Charlie)
10117 Berlin
i-punkt@destatis.de
eds@destatis.de
Telefon: +49 (0) 30 / 186 44 94 34
Telefax: +49 (0) 30 / 186 44 94 30
Montag bis Donnerstag 8 bis 17 Uhr und Freitag 8 bis 15 Uhr
www.eds-destatis.de

Statistisches Bundesamt, Jahresbericht 2010
Bestellnummer: 0000016-10700-4

